



Jahresabschluss  
zum 31. Dezember 2011  
und Lagebericht

**Francotyp-Postalia Holding AG**  
Birkenwerder

## **FRANCOTYP-POSTALIA HOLDING AG**

### **LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011**

#### **INHALTSVERZEICHNIS**

1. Geschäftstätigkeit
2. Geschäftsverlauf, Rahmenbedingungen und Unternehmenssteuerung
3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
4. Forschung und Entwicklung
5. Umwelt- und Qualitätsmanagement sowie Arbeitnehmerbelange
6. Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB
7. Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern
8. Risiko- und Chancenbericht
9. Strategie und Ausblick
10. Nachtragsbericht
11. Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance  
Bericht (§ 289 a HGB)

## 1. Geschäftstätigkeit

Die Francotyp-Postalia Holding AG (im Folgenden auch FP AG oder Gesellschaft genannt) ist die Muttergesellschaft des FP-Konzerns (im Folgenden auch FP, Francotyp-Postalia genannt). Ihr untergeordnet sind die deutschen Tochtergesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder (FP GmbH), FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, freesort GmbH, Düsseldorf, (freesort), FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge an der die Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 100 % hält, sowie die iab – internet access GmbH lilitbit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, (iab) und mentana-claimsoft GmbH, Spreenhagen an der die Francotyp-Postalia Holding AG jeweils zu 51 % beteiligt ist. Die Francotyp-Postalia GmbH hält direkt oder indirekt Anteile an weiteren wesentlichen Tochtergesellschaften, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind. An diesen wesentlichen Gesellschaften ist die Francotyp-Postalia Holding AG indirekt beteiligt:

<u>Name der Gesellschaft</u>	<u>Sitz der Gesellschaft</u>	<u>Anteile in %</u>
Francotyp-Postalia Vertrieb & Service GmbH	Birkenwerder, Deutschland	100
Francotyp-Postalia International GmbH	Birkenwerder, Deutschland	100
Ruys Handelsvereniging B. V.	Den Haag, Niederlande	100
Francotyp-Postalia Ltd.	Dartford, Großbritannien	100
Francotyp-Postalia Inc.	Addison (IL), USA	100

Zwischen der FP Holding und der Francotyp-Postalia GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Die FP GmbH hält ebenfalls unmittelbar und mittelbar Anteile an operativ tätigen Gesellschaften des FP-Konzerns, übernimmt Managementaufgaben sowie wesentliche Entwicklungs- und Herstellungstätigkeiten für den FP-Konzern. Die FP Holding selbst erbringt für die FP GmbH Leistungen aus den Bereichen des strategischen Managements, insbesondere der Geschäftsfeldentwicklung, Finanzierung und Kapitalbeschaffung.

Seit dem 1. Januar 2007 beschäftigt die FP Holding eigenes Personal. Zum 31. Dezember 2011 waren für die FP Holding neben den zwei Vorständen insgesamt elf Mitarbeiter tätig (im Vorjahr neun Mitarbeiter).

## 2. Geschäftsverlauf, Rahmenbedingungen und Unternehmenssteuerung

Die Francotyp-Postalia Holding AG ist indirekt über ihre Tochter- und Enkelgesellschaften ein Komplettanbieter für die Briefkommunikation. Angesichts der sich wandelnden Postmärkte hat sich die Gesellschaft von einem Hersteller von Frankiermaschinen zu einem Multi-Channel-Anbieter entwickelt. Die FP AG kann alle Versandkanäle rund um den Brief bedienen – vom Frankieren und Kuvertieren eines physischen Briefs über die Konsolidierung bis hin zur Hybrid-Mail und dem vollelektronischen Versand über De-Mail.

Zielgruppe sind Unternehmenskunden jeder Größenordnung, die bei Francotyp-Postalia sämtliche Produkte sowie Dienstleistungen für eine einfache und kostengünstige Briefkommunikation finden.

Seine Geschäftstätigkeit unterteilt das FP in drei Produktbereiche: Frankieren und Kuvertieren, Mail Services sowie Softwarelösungen.

Mit ihren Frankiermaschinen ist die Gesellschaft weltweit in den wichtigsten Märkten vertreten, darunter in Deutschland, den USA und Großbritannien sowie seit 2011 auch in Frankreich. Mit insgesamt rund 250.000 installierten Frankiermaschinen liegt der globale Marktanteil von FP bei 10 %; damit ist der FP-Konzern weltweit der drittgrößte Anbieter. In Deutschland und Österreich ist FP mit einem Marktanteil von rund 43 % bzw. 47 % Marktführer.

Durch die Tochtergesellschaften freesort GmbH, iab und mentana-claimsoft GmbH werden den Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation angeboten.

## **2.1 Geschäftsverlauf**

### **Operatives Geschäft**

2011 hat FP die nationalen Vertriebe in Deutschland unter einem Dach zusammengeführt. Sämtliche nationalen Vertriebsaktivitäten der Gruppe liegen in der Verantwortung der Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH. Hierdurch erreicht FP eine engere Verknüpfung der Produkte im Bereich der physischen, halbelektronischen und vollelektronischen Briefkommunikation.

Der weltweite Vertrieb erfolgt über zehn eigene Tochtergesellschaften in den wichtigsten Märkten sowie einem dichten Händlernetzwerk in rund 40 Ländern. Im Oktober 2011 erhielt FP die Zulassung durch die französische Post „La Poste“ für die mymail, eine Frankiermaschine für das kleine Briefvolumen. Damit kann FP seine Produkte im größten europäischen Frankiermaschinenmarkt anbieten.

Im Bereich der Mail Services hat FP bereits 2010 begonnen, die Internationalisierung ihrer Softwarelösungen voranzutreiben. Nach der Einführung in Großbritannien und Belgien folgten 2011 Österreich und Italien. Künftig sollen weitere Länder folgen, um neue Absatzmärkte zu erschließen.

### **Finanzierung**

Im Februar 2011 ist der FP-Konzern eine Anschlussfinanzierung zur weiteren Sicherung der Liquidität eingegangen. Mit Datum vom 21. Februar 2011 wurde ein Konsortialdarlehensvertrag über EUR 30.149.665 und USD 12.000.000 zwischen der Francotyp-Postalia Holding AG als Darlehensnehmerin und einem Bankenkonsortium als Darlehensgeberin abgeschlossen. Das Darlehen setzt sich aus einem Darlehen A 1 (Tilgungsdarlehen in Höhe von bis zu EUR 6.000.000), einem Darlehen A 2 (Tilgungsdarlehen in Höhe von USD 12.000.000), einem Darlehen A 3 (endfälliges Darlehen in Höhe von EUR 2.832.332,89) und einem Darlehen B (Darlehen in Höhe von bis zu EUR 21.317.332,11 auf revolving Basis) zusammen. Dem Darlehensvertrag nach dienen die Darlehen A 1, A 2 und A 3 der Ablösung des alten Konsortialdarlehens; das Darlehen B dient zunächst der Ablösung des alten Konsortialdarlehens sowie anschließend der allgemeinen Betriebsmittelfinanzierung.

Da die neue Darlehensgewährung bzw. Darlehensablösung zeitlich mit der ersten planmäßigen Tilgungszahlung zusammenfiel, wurde am 15. Juni 2011 eine Ergänzungsvereinbarung zum Konsortialdarlehensvertrag mit dem Ziel der Vereinfachung der Abwicklung abgeschlossen. In dieser Vereinbarung wurden die Darlehen um die fälligen Tilgungsraten vermindert. Das Darlehen A1 (Tilgungsdarlehen) wurde festgesetzt in Höhe von bis zu EUR 5.000.000 und das Darlehen A 2 (Tilgungsdarlehen) in Höhe von USD 10.125.000.

Als Ergänzung zum Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 wurde – im Sinne von Klausel 5.1 des genannten Vertrages – ein ergänzender Vertrag über einen Darlehensrahmen (Betriebsmittellinie) in Höhe von TEUR 1.000 zum 20. Juli 2011 abgeschlossen.

## **Gesamtwürdigung des Geschäftsverlaufs**

Im Berichtsjahr wurden wichtige Entscheidungen für die Zukunft von FP getroffen und erfolgreich umgesetzt. Genannt seien hier die wichtigsten Themen: Refinanzierung, Neuaufbau der Produktionsstätte in Wittenberge sowie die Entwicklung neuer Produkte wie das Frankiersystem PostBase und Entwicklung der De-Mail-Lösung durch die Tochtergesellschaft mentana-claimsoft GmbH. Diese Maßnahmen spiegeln sich in den Finanzkennzahlen 2011 wider und bilden eine solide Basis für die Zukunft von FP.

## **2.2 Rahmenbedingungen**

### **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Im vergangenen Jahr schwächte sich die Konjunktur weltweit etwas ab. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) lag das globale Wirtschaftswachstum 2011 bei 3,8 % im Vergleich zu 5,2 Prozent im Vorjahr. Wachstumsmotor waren erneut die Schwellen- und Entwicklungsländer mit einem Zuwachs von 6,2 %. Die Industrieländer konnten ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,6 Prozent steigern.

In den USA, dem größten Auslandmarkt des FP-Konzerns, stieg die Wirtschaftsleistung 2011 um 1,8 %, in den Euro-Staaten lag der Anstieg lediglich bei 1,6 %. Während insbesondere die südeuropäischen Staaten unter der Euro-Krise litten, entwickelte sich 2011 die deutsche Konjunktur positiv. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das BIP in Deutschland, dem Heimatmarkt des FP-Konzerns, im vergangenen Jahr um 3,0 %. Allerdings erreichte die Konjunktur bereits in der ersten Jahreshälfte ihren Zenit und kühlte sich danach ab; im vierten Quartal 2011 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal.

Für den Export von FP spielt das Wechselkursverhältnis zwischen Euro und US-Dollar eine wichtige Rolle; es war im vergangenen Jahr von einer hohen Volatilität gekennzeichnet. Der Höchstkurs lag im Mai 2011 bei 1,49 US-Dollar, ehe in den darauf folgenden Monaten eine deutliche Abwärtsbewegung einsetzte. Zum Jahresende 2011 kostete ein Euro 1,29 US-Dollar, im Vergleich zu 1,33 US-Dollar ein Jahr zuvor.

### **Branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Konjunkturabschwächung im zweiten Halbjahr 2011 beeinflusste die Investitionsneigung der Unternehmen und damit auch die Nachfrage nach Frankier- und Kuvertiermaschinen. Allerdings ist der FP-Konzern traditionell auf das A- sowie das B-Segment für Maschinen mit kleinerem bis mittlerem Briefaufkommen spezialisiert. Diese Märkte zeigen eine vergleichsweise stabile Entwicklung, auch weil Unternehmen vermehrt größere Frankiermaschinen durch kleinere Geräte ersetzen.

Die Zahl der weltweit beförderten Geschäftsbriefe liegt unter Berücksichtigung verschiedener Poststatistiken bei rund 340 Milliarden pro Jahr (Quelle: Weltpostunion, Poststatistiken und eigene Annahmen). Der Großteil des Weltpostverkehrs findet noch in den Volkswirtschaften Europas und Nordamerikas statt.

Nach aktuellen Angaben der Weltpostunion war das weltweite Briefvolumen im Jahr 2010 mit 2,3 % leicht rückläufig. Daten für 2011 sind noch nicht verfügbar. Das Briefvolumen entwickelt sich dabei regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in aufstrebenden und sich entwickelnden Ländern ist nach Angaben der Weltpostunion ein Wachstum des Briefvolumens zu beobachten. In Lateinamerika und in Asien ging das Volumen beispielsweise um bis zu 4,0 % nach oben. Für den FP-Konzern ergeben sich hieraus Chancen in neuen Märkten.

Neue Impulse ergeben sich im Markt für Briefkommunikation durch innovative Softwarelösungen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur in Deutschland wird die weitere Marktentwicklung durch den Übergang auf die elektronisch unterstützte Abwicklung von Briefdienstleistungen beeinflusst werden; sie sieht strukturelle Veränderungen am Markt. Die gesetzlichen Grundlagen für das weitere Vordringen der elektronischen Briefkommunikation wurden in Deutschland mit dem De-Mail-Gesetz geschaffen. Für alle gegenwärtigen Marktteilnehmer ergeben sich aus der strukturellen Veränderung des Marktes auch Chancen. Dies gilt insbesondere für die De-Mail, ein Projekt der deutschen Bundesregierung, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente über das Internet ermöglichen soll. In diesem Zukunftsmarkt zählt der FP-Konzern mit seinen Lösungen zu den Vorreitern. Der FP-Konzern geht davon aus, dass der gesamte De-Mail-Markt bis 2014 ein Umsatzpotenzial für alle Marktteilnehmer von etwa 150 bis 200 Mio. Euro ermöglichen wird.

Wachstumspotenzial eröffnet ebenso die zunehmende Liberalisierung der Postmärkte. In Deutschland fiel das Briefmonopol bereits am 1. Januar 2008. Durch Faktoren wie die Liberalisierung und den technologischen Wandel können Unternehmen alternative Angebote wie die Konsolidierung und das Outsourcing nutzen, um die Effizienz ihrer Briefkommunikation zu erhöhen. Hier entstehen attraktive neue Märkte, wie die Entwicklung in den skandinavischen und baltischen Ländern zeigt.

### **Gesamtaussage zu den Rahmenbedingungen**

Im Jahr 2011 verzeichnete die Weltwirtschaft ein solides Wachstum. Am stärksten wuchs die Wirtschaft im asiatisch-pazifischen Raum, während sich Nordamerika und Westeuropa vergleichsweise moderat entwickelten. Die rückläufige Investitionsneigung in den Industriestaaten zum Jahresende beeinträchtigte auch das Geschäft des FP-Konzerns. Ungeachtet dessen ist FP mit seiner Strategie gut aufgestellt, um von den Chancen im traditionellen Frankiermaschinen-geschäft in den Industrie- und in zunehmendem Maß auch in den Schwellenländern zu profitieren und zugleich das Wachstumspotenzial auszuschöpfen, das elektronischen Lösungen mittel- und langfristig bieten.

### **2.3. Unternehmenssteuerung**

Die Geschäfte der FP AG führt ein zweiköpfiger Vorstand. Hans Szymanski ist für Strategische Geschäftsentwicklung, Produktion/Logistik/Einkauf, Forschung und Entwicklung, Personal/Recht/Compliance, Finanzen/Controlling/Rechnungswesen sowie Informationstechnik zuständig. Im November 2010 verlängerte der Aufsichtsrat den bestehenden Vorstandsvertrag mit Hans Szymanski vorzeitig um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2014. Zudem bestellte der Aufsichtsrat Hans Szymanski mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zum Vorstandssprecher.

Sein Vorstandskollege Andreas Drechsler ist für die Bereiche Geschäftsentwicklung, Produktmanagement, Vertrieb Deutschland und International, Marketing, Corporate Communication und Interne Revision verantwortlich. Anfang 2011 hatte der Aufsichtsrat dessen bis

Februar 2012 laufenden Vorstandsvertrag um weitere drei Jahre bis zum 22. Februar 2015 verlängert.

Ein dreiköpfiger Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit des Vorstands und berät diesen. Mitglieder des Aufsichtsrats sind Prof. Dr. Michael Hoffmann (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Christoph Weise (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats) und Dr. Claus Gerckens.

### **Unternehmensinternes Steuerungssystem**

Das konzernweite Reporting-System sowie die strategische Konzernplanung nutzt der Vorstand als Steuerungssystem. Die Strategie ist auf drei Jahre ausgelegt und wird jährlich während des umfassenden Budgetprozesses überarbeitet sowie unterjährig angepasst.

Der FP-Konzern wird unterteilt in die Segmente „Produktion“, „Vertrieb Deutschland“, „Vertrieb International“ und „Zentrale Funktionen“. Monatlich berichten alle Segmente im Rahmen des konzernweiten Reportings über Umsatz-, Ergebnis- und Bilanzzahlen, die konsolidiert in die veröffentlichten Quartals- und Geschäftsberichte des Konzerns eingehen. Zudem geben die Segmente monatlich eine Einschätzung der aktuellen und voraussichtlichen Geschäftsentwicklung ab.

Die Steuerung von Francotyp-Postalia erfolgt über die folgenden Kennzahlen:

- Umsatz,
- EBITDA,
- Net Working Capital,
- Free Cashflow,
- Jahresergebnis beziehungsweise Monatsergebnis sowie
- die in den Markt gebrachte Frankiermaschinenstückzahl.

Damit stellt der FP-Konzern sicher, dass Entscheidungen immer das Spannungsfeld zwischen Wachstum, Profitabilität und Liquidität ausreichend berücksichtigen.

Der Umsatz dient der Messung des Erfolgs am Markt. Mit dem Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) misst der Konzern die operative Leistungskraft und den Erfolg der einzelnen Geschäftseinheiten. Daneben verwendet der Konzern noch die Kennzahl EBITDA-Marge, die das EBITDA im Verhältnis zum Umsatz darstellt.

Das Net Working Capital errechnet sich aus den Vorräten zuzüglich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Mit der Berücksichtigung des Free Cashflows wird sichergestellt, dass die finanzielle Substanz des Konzerns erhalten bleibt. Der Free Cashflow ergibt sich aus dem Saldo von Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit abzüglich vorgenommener Investitionen.

Die folgenden Komponenten sichern im Wesentlichen die Einhaltung des konzerninternen Steuerungssystems:

- regelmäßige Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen,
- regelmäßige Sitzungen aller internationalen und nationalen Führungskräfte,
- Risiko- und Chancenmanagement,
- Liquiditätsplanung,
- Monatsberichte der Segmente,
- Interne Revision,
- Qualitätsmanagement.

## **Finanzielle Ziele**

Das unternehmerische Handeln des FP-Konzerns ist auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes und profitables Wachstum ausgerichtet. Zentrale Ziele sind die mittel- und langfristige Steigerung des Umsatzes, des EBITDA und des Jahresgewinns sowie eine Verbesserung des Free Cashflow und des Net Working Capital.

Der FP-Konzern arbeitet konzentriert daran, die strategischen Wettbewerbsvorteile auszubauen und die Erfolgsfaktoren des Geschäftsmodells systematisch zu stärken. Hierzu verfolgt FP einen Steuerungsansatz, der neben den Interessen der Stakeholder auch nichtfinanzielle Werte berücksichtigt.

## **Nichtfinanzielle Ziele**

Es gibt wesentliche nichtfinanzielle Ziele, die für den Erfolg eines jeden Unternehmens und damit auch für den FP-Konzern wichtig sind:

- Optimaler Service für die Kunden ⇒ Kundenzufriedenheit
- Fairness gegenüber den Lieferanten ⇒ Qualität
- Engagement der Mitarbeiter ⇒ Motivation
- Schonung der Ressourcen ⇒ Umweltbewusstsein
- Verantwortung für das gesellschaftliche Umfeld ⇒ Vertrauen

Neben einer effizienten und gut geführten Organisation haben die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren einen wichtigen Anteil an dem nachhaltigen Erfolg des gesamten Konzerns. Für den FP-Konzern spielt die Kundenzufriedenheit eine zentrale Rolle. Die Mitarbeiter sollen die Kunden von Francotyp-Postalia in bestmöglicher Weise beraten und maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Mit dem Namen Francotyp-Postalia verbinden zahlreiche Kunden eine hervorragende Betreuung sowie einen einwandfreien und schnellen Service. Solche Einschätzungen spiegeln sich auch in regelmäßigen Kundenbefragungen wider, in denen FP regelmäßig sehr gut abschneidet. Für Francotyp-Postalia und die Mitarbeiter ist es eine besondere Motivation, dieses hohe Niveau zu halten und kontinuierlich weiter zu verbessern.

Voraussetzung für eine hohe Kundenzufriedenheit ist eine hohe Qualität der Produkte. Der FP-Konzern bietet hervorragende Produkte und Dienstleistungen an. Hierzu gehören auch hochwertige Lieferanten. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Lieferanten leistet dabei einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des FP-Konzerns. Die Auswahl der Zulieferer erfolgt nach wichtigen Kriterien wie etwa Kosteneffizienz, wirtschaftliche Stabilität und technologisches Potenzial.

## **3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hängt auf Grund der bestehenden Gewinn- und Ergebnisabführungsverträge entscheidend von der Entwicklung des gesamten Konzerns ab.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 39.666 bzw. 65% auf TEUR 100.240 erhöht (Vorjahr TEUR 60.574).

Die Sachanlagen erhöhten sich im Geschäftsjahr von TEUR 11 auf TEUR 471. Dieser Anstieg ist zurückzuführen auf den Erwerb eines Grundstücks mit Werkhalle in Wittenberge.



Die Finanzanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2011 im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs der Ausleihungen gegenüber der Tochtergesellschaft FP GmbH (TEUR 29.286) im Rahmen der Umstrukturierung der Konzernfinanzierung sowie aufgrund des Anteilserwerbs an der mentana-claimsoft GmbH (TEUR 1.075) erhöht. Damit entsprechen die Finanzanlagen nun ca. 61 % (im Vorjahr 51 %) der Bilanzsumme bzw. 121 % (im Vorjahr 53 %) des Eigenkapitals.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen erhöhten sich um TEUR 10.198 auf TEUR 31.887 (Vorjahr TEUR 21.689). Ursächlich hierfür sind vor allem die Verrechnung der Umsatzsteuer im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft mit der Francotyp-Postalia Vertrieb & Service GmbH sowie Forderungen gegen die im Geschäftsjahr gegründete FP Produktionsgesellschaft mbH im Zusammenhang mit dem Aufbau des neuen Produktionsstandortes.

Es werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 6.170 (Vorjahr TEUR 7.911) ausgewiesen, welche sich primär aus Steuerlatenzen auf Verlustvorträge ergeben (siehe Erläuterungen zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag).

Das Eigenkapital verminderte sich in Höhe des Jahresfehlbetrags um TEUR 7.205 auf TEUR 50.403. In 2011 wurde der Bilanzverlust in Höhe von TEUR 21.675 mit den anderen Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 9.148 und der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 12.527 verrechnet.

Im November 2007 wurde von der Gesellschaft ein Aktienrückkaufprogramm beschlossen, wobei bis zum Jahresende 2008 370.444 Aktien erworben wurden. Im Rahmen der Umstellung auf BilMoG wurden im Vorjahr die eigenen Aktien zum Nennwert von einem Euro pro Aktie vom gezeichneten Kapital abgesetzt (TEUR 370).

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 50% gegenüber 95% im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich sowohl durch die Aufnahme der Bankdarlehen in Höhe von TEUR 34.877 als auch aufgrund des in 2011 erzielten Fehlbetrags in Höhe von TEUR 7.205.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich um 17% bzw. TEUR 110. In 2011 war eine Drohverlustrückstellung für die derivativen Finanzinstrumente in Höhe von TEUR 148 zu bilden, gleichzeitig stiegen die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen um TEUR 150. Gegenläufig minderten sich die Prämien- und Bonirückstellungen um TEUR 194 gegenüber dem Vorjahr.

Die Steuerrückstellungen erhöhten sich um 55% bzw. TEUR 385. Diese Veränderung steht im Zusammenhang mit dem erwarteten Betriebsprüfungsergebnis für den Zeitraum 2005 bis 2008.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stiegen im Geschäftsjahr von TEUR 203 auf TEUR 11.854 und enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der FP GmbH aus der Ergebnisabführung sowie sonstigen Konzernverrechnungen (wie z. B. Dienstleistungen, Cash-Pooling, Zinsen).

In 2011 weist die Gesellschaft erstmals Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus (TEUR 34.877; Vorjahr 0). Im Februar 2011 schloss die Francotyp-Postalia Holding AG als Darlehensnehmerin einen Konsortialdarlehensvertrag mit einem Bankenkonsortium als Darlehensgeberin zur Anschlussfinanzierung und weiteren Sicherung der Liquidität des Konzerns ab.

Die Umsatzerlöse aus Leistungen für die Tochtergesellschaften erhöhten sich um TEUR 254 auf TEUR 1.327 (Vorjahr TEUR 1.073).

Auf Grund der gestiegenen Anzahl der Mitarbeiter in der FP AG erhöhte sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um TEUR 65. Insgesamt entstand ein Personalaufwand in 2011 in Höhe von TEUR 1.646 (Vorjahr TEUR 1.581).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um TEUR 1.289 auf TEUR 2.875 (Vorjahr TEUR 1.586). Dies beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Währungsverlusten (TEUR 774, Vorjahr TEUR 0) und gestiegenen Rechts- und Beratungsaufwendungen (TEUR 1.420, Vorjahr TEUR 1.148).

Gegenüber 2010 war das Resultat aus Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 2.806 negativ (im Vorjahr: TEUR 10.795). Das positive Ergebnis der Tochtergesellschaft FP GmbH im Vorjahr hat sich im Wesentlichen aufgrund der hohen Restrukturierungsaufwendungen (TEUR 7.368), Währungsverluste (TEUR 884), Entwicklungs- und Marketingaufwendungen (TEUR 782) sowie durch rückläufige Umsatzerlöse (TEUR 6.000) deutlich reduziert bzw. zu einem Verlustausgleich gewandelt.

Das Zinsergebnis einschließlich der Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens reduzierte sich von TEUR 789 in 2010 auf TEUR 580. Durch die in 2011 übernommene Konzernfinanzierung (Bündelung aller wesentlichen konzernweiten Kredite bei der FP Holding AG, welche die Mittel an die Tochtergesellschaften weiterreicht) erhöhte sich der Zinsaufwand um TEUR 1.087 bzw. 227% auf TEUR 1.565 (im Vorjahr: TEUR: 478). Gleichzeitig stiegen die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens aufgrund der Umstrukturierung der Konzernfinanzierung um TEUR 734.

Im Wesentlichen aufgrund des Aufwandes aus Ergebnisabführungsverträgen sowie in Folge des Anstiegs der sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 9.868 auf TEUR -4.964.

Im Geschäftsjahr wurden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 2.231 (im Vorjahr TEUR 1.728) berücksichtigt.

Im Jahr 2010 wurden bei mehreren deutschen FP-Konzerngesellschaften Betriebsprüfungen im Ertragsteuerbereich für die Jahre 2005 bis 2008 angeordnet. Die Prüfungen wurden im Berichtsjahr 2010 aufgenommen und sind bis heute noch nicht abgeschlossen. Gegenstand der Prüfungen sind auch die im Prüfungszeitraum angesetzten Verrechnungspreise bei Transaktionen mit ausländischen FP-Konzerngesellschaften.

Höchstwahrscheinlich wird es zu von Seiten der Finanzverwaltung veranlassten Anpassungen bei den noch nicht bestandskräftigen steuerlichen Veranlagungen der Jahre 2005 bis 2008 in Bezug auf die Verrechnungspreise kommen. Wesentliche Folge angepasster Verrechnungspreise wären Gewinnverlagerungen aus dem Ausland nach Deutschland. Aktive latente Steueransprüche auf Verlustvorträge wurden daher aus diesem Grund zum 31. Dezember 2011 um insgesamt TEUR 4.432 (im Vorjahr TEUR 0) vermindert. Im Rahmen von Schieds- oder Verständigungsverfahren sollte es aber zu entsprechenden Anpassungen im Ausland kommen, die zu Steuerentlastungseffekten führen sollten. Für den wesentlichen Teil der in Deutschland in Folge der Betriebsprüfungsfeststellungen zu versteuernden Gewinne könnten bestehende steuerliche Verlustvorträge genutzt werden.

Nach vorläufigen Einschätzungen wird in Deutschland mit einer laufenden Steuerbelastung für den Betriebsprüfungszeitraum aus Mindestbesteuerung in Höhe von etwa TEUR 796 (im Vorjahr TEUR 358) gerechnet.

Der Bilanzverlust zum 31.12.2011 in Höhe von TEUR 21.675 wurde vollständig mit den anderen Gewinnrücklagen (TEUR 9.148) und in Höhe von TEUR 12.527 mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der FP-Konzern das Niveau seiner Finanzkraft halten. Dabei nutzte er zu seiner Finanzierung in erster Linie den Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit sowie bestehende Kreditvereinbarungen mit Finanzinstituten. Die wesentlichen Kreditvereinbarungen sind dabei in der FP Holding AG gebündelt, welche die Mittel an ihre Tochtergesellschaften weitergeleitet hat. Zum Bilanzstichtag umfassen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Darlehen in Höhe von TEUR 28.500 (inkl. Verbindlichkeiten aus einer Betriebsmittelkreditlinie in Höhe von TEUR 350) sowie TUSD 8.250. Zum Vorjahresstichtag bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Darüber hinaus nimmt die FP Holding AG am Cash-Management-System der FP GmbH teil.

#### **4. Forschung und Entwicklung**

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werden im Wesentlichen bei der Francotyp-Postalia GmbH erbracht.

##### **4.1 Aktivitäten und Ergebnisse**

###### **Frankiermaschinen**

Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit bestand 2011 in der Neuentwicklung der innovativen Frankiersystem-Plattform PostBase. Sie besteht aus einem Grundgerät, das in vier Geschwindigkeitsvarianten angeboten wird, einer automatischen Briefzuführung sowie An- und Ablage. Zahlreiche Innovationen im Bereich der Mechatronik, der Software-Steuerung und des Distributionsprozesses kennzeichnen dieses neue Frankiersystem. Zusätzlich wurde eine moderne internetbasierte Infrastruktur entwickelt, um die PostBase weltweit in allen Märkten einheitlich, sicher und kosteneffizient zu unterstützen (Ferndienste für Initialisierung, Konfiguration, Service, Bestellung von Verbrauchsmaterial und Ersatzteilen, etc.) Der Start der Serienproduktion ist im zweiten Quartal 2012 geplant.

Für die Frankiersystemmodelle mymail, optimail30, ultimail und centormail wurden insgesamt 41 neue Betriebs-Softwarepakete für insgesamt 14 Märkte freigegeben. Die Modellpalette wird dadurch beständig in neue Märkte hinein erweitert und in bestehenden Märkten auf neue Anforderungen ausgerichtet. Die mymail wurde in den neuen Markt Frankreich und die ultimail in den neuen Markt Singapur eingeführt. In 9 Ländern wurde die mymail befähigt, ihr Portoguthaben mithilfe der neuen PC-Software mailCredit über das Internet nachzuladen.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt das centormail System in seiner Ausprägung für die Postverarbeitung durch private Briefdienstleister. Das System wurde im Berichtszeitraum für mehr als 15 regionale deutsche Briefdienstleister konfiguriert und freigegeben.

Zusätzlich leistet der Bereich Vorentwicklung auf den Gebieten des dynamischen Wiegens, des digitalen Druck, der Internettechnologien und der IT-Sicherheit/Kryptographie, um Produktinnovationen vorzubereiten.

Kunden fragen immer häufiger die Vernetzung ihrer Frankiersysteme im Firmennetzwerk an. Dieser Trend wird durch eine Suite von PC-Software verstärkt, im Berichtszeitraum insbesondere durch die Produkte **mailCredit**, **mailReport** und **mailOne**. mailCredit ist eine PC-Software, die ein Frankiersystem befähigt, neues Portoguthaben mit Hilfe eines PCs über eine moderne Internetverbindungen anstatt über das eingebaute Modem aufzuladen. mailReport unterstützt die detaillierte Berichterstattung über Frankierumsätze aller Kostenstellen eines Frankiersystems. mailOne erweitert den Funktionsumfang eines Frankiersystems, um selbstklebende Paketaufkleber mit Freimachung für die US-Post zu erzeugen, für die US-Post bereits bei einzelnen Paketsendungen spürbare Rabatte gewährt. Insgesamt wurden 15 Software-Releases im Bereich der PC-Software Suite freigegeben und in insgesamt 9 Märkten eingeführt.

Anders als in der Telekom-Industrie und in vielen E-Commerce Plattformen werden in den meisten Ländern weltweit Porti vorausbezahlt und nicht beispielsweise am Monatsende per Rechnung abgerechnet. Daher sind die vorausbezahlten elektronischen Portowerte besonders gegen Manipulation zu schützen. In den übrigen Märkten, z. B. Frankreich, müssen stattdessen die Verbrauchsdaten geschützt werden, da sie die Grundlage für die monatlichen Abrechnungen mit den Kunden bilden. Auf diesem Gebiet berät der Bereich Forschung und Entwicklung viele Postgesellschaften bei der Weiterentwicklung ihrer Sicherheitsanforderungen und sorgt für deren Umsetzung innerhalb der internationalen Server-Infrastruktur des FP-Konzerns. Die Jahre 2010 und 2011 waren gekennzeichnet von wesentlichen länderübergreifenden Verschärfungen der Sicherheitsanforderungen in einschlägigen Standards der amerikanischen und europäischen Behörden für die IT-Sicherheit. Diesen Trend beantwortet der FP-Konzern mit einer zunehmend leistungsfähigeren, sichereren und globalisierten Server-Infrastruktur. Dabei kommen moderne, hochechere und vom FP-Konzern gehostete Serversysteme zum Einsatz, nicht jedoch Cloud-Technologien, weil sie die hohen Sicherheitsanforderungen und Postanforderungen nicht erfüllen. Im Berichtszeitraum wurden 14 Server-Software Releases freigegeben.

Alle Produktinnovationen sind darauf gerichtet, die sich wandelnden Kundenprozesse besser zu bedienen, als es mit bestehenden Produkten gelingt und dadurch einen Beitrag zur Steigerung der Produktivität unserer Kunden zu leisten. Mit der Weiterentwicklung zu einem Komplettanbieter gewinnen hierbei die Integration von Software- und Serverkonzepten sowie die Entwicklung von Schnittstellen für das Outsourcing an Bedeutung.

### **mentana-claimsoft**

Schwerpunkt der Entwicklungstätigkeit war die Erstellung eines De-Mail Systems. Dieses System besteht aus Hardware, Software sowie aus einem Sicherheitskonzept. mentana-claimsoft hat das Sicherheitskonzept und die entsprechende Software entwickelt und ist gemäß De-Mail Gesetz (De-MailG) und Technischer Richtlinien De-Mail des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI TR 010201) zertifiziert. Start des Produktivsystems war die CeBIT im März 2012.

Die bereits im Produktportfolio existierenden Signatur-Softwareprodukte wurden – soweit notwendig – angepasst und weiter entwickelt. Hier sind speziell die Produkte „Hash-Safe“, Langzeitarchivierung von Signaturen zur Beweiswerterhaltung, und die Signaturprodukte „M-Doc AutoSigner“ (serverbasierte Massensignatur) und „Office-Signer“ (Desktop) zu nennen. Themen sind hierbei die einheitliche und plattformübergreifende (Windows und Linux) Nutzung von eigenen Bibliotheken und die Unterstützung von Signaturkarten, die neu auf den Markt kommen.

## **Internet Access Berlin**

Die Integration des elektronischen Versandes von qualifiziert signierten und verifizierten Dokumenten in die bestehenden Lösungen „webmail“ und „webbrief“, stand 2011 im Vordergrund der Entwicklungsarbeit der iab. Der hybride Versand, mit Fallbackoption auf klassischen Briefversand, stellt zurzeit eine einmalige Dienstleistung dar.

Das bereits bestehende Produkt „webpost“ wurde für den Markt in UK weiterentwickelt und in die Länder Italien, Belgien und Österreich ausgerollt. Für den Einsatz in UK, wurde das neue Produkt „webpost One“ vorbereitet. Desweiteren wurde die bestehende Lösung „webbrief“ für das neue Produkt „PostBase“ angepasst. Für den Versand von Mailings wurde eine neue Lösung „webmailing“ erstellt.

## **4.2 Investitionen in Forschung und Entwicklung**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen des FP-Konzerns auf insgesamt 10,8 Mio. Euro und lagen damit 37% über dem Niveau des Vorjahres (7,9 Mio. Euro). Diese Werte sind bereits gemindert um Fördergelder in Höhe von 1,2 Mio. Euro (im Vorjahr 1,4 Mio. Euro). Die Forschungs- und Entwicklungsquote, gemessen am Konzernumsatz, stieg in 2011 auf 7% (Vorjahr 5 %).

## **5. Umwelt- und Qualitätsmanagement sowie Arbeitnehmerbelange**

Im Geschäftsjahr 2010 hatte die Francotyp-Postalia Holding AG ihr integriertes Managementsystem um das Umweltmanagementsystem erweitert und nach ISO 14001 erfolgreich zertifizieren lassen. Im Berichtsjahr wurde das System im Konzern weiter vorangetrieben. Es wurden die FP InovoLabs GmbH und der neue Produktionsstandort in Wittenberge (FP Produktionsgesellschaft mbH) im Managementsystem integriert und ebenfalls zertifiziert.

Im Umweltmanagementsystem sind die Verantwortlichkeiten, die entsprechenden Verfahren sowie Abläufe zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltbelastung aus der betrieblichen Tätigkeit festgelegt. Ein wichtiges Ziel besteht darin, die Abläufe in ökologischer Hinsicht zu optimieren und ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen sowie ein entsprechendes Handeln bei allen Mitarbeitern zu schaffen. In diesem Rahmen wurden auch die Voraussetzungen für die im kommenden Jahr ergänzende Zertifizierung nach OHSAS 18001 (Arbeitsschutzmanagement) geschaffen und die Mitarbeiter sind entsprechend geschult worden.

Bereits im Jahr 2009 hatte die englische Tochtergesellschaft Francotyp-Postalia Ltd. das ISO 14001 Zertifikat erhalten. Die internationale Umweltmanagementnorm ISO 14001 legt weltweit anerkannte Anforderungen an ein Umweltmanagementsystem fest und ist Teil einer Normenfamilie. Diese Normenfamilie beinhaltet zahlreiche weitere Normen zu verschiedenen Bereichen des Umweltmanagements, u. a. zu Ökobilanzen, zu Umweltkennzahlen bzw. zur Umweltleistungsbewertung. Sie kann sowohl auf produzierende als auch auf dienstleistungsorientierte Unternehmen angewendet werden.

Francotyp-Postalia wird das Umweltmanagementsystem kontinuierlich weiterentwickeln, um so nachhaltig den sich stetig veränderten Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden. Damit investiert FP in den Vertrieb und das Marketing der Produktpalette. In vielen internationalen Projekten ist die ISO 14001 Zertifizierung eine zwingende Bedingung, um an

Ausschreibungen teilnehmen zu können. Aber auch bestehende und vor allem neue Kunden achten zunehmend auf umweltschonende Faktoren der Produkte.

Das Thema Umweltschutz spielt deshalb auch in der Produktentwicklung eine große Rolle. So brachte FP 2009 das erste Frankiersystem mit GOGREEN-Funktionalität auf den Markt und unterstützt damit das Klimaschutzprogramm der Deutschen Post; diese erfasst kundenindividuell die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die beim Transport einer GOGREEN-Sendung entstehen. Die Gesellschaft ermöglicht auf diese Weise umweltbewussten Unternehmen den klimaneutralen Transport von entsprechend frankierten Briefsendungen. Mit einer weiterentwickelten Frankiermaschine lässt sich das notwendige Logo parallel mit jeder Frankierung auf den Umschlag drucken.

Eine wichtige Rolle spielt zudem das Qualitätsmanagement. Die Unternehmenseinheiten der Francotyp-Postalia Holding AG konnten 2010 das System nach ISO 9001 für weitere drei Jahre rezertifizieren. Dabei bescheinigten die Auditoren den Gesellschaften insbesondere eine positive Entwicklung des Managementsystems und registrieren Verbesserungen in Bereichen wie Entwicklung, Beschaffung und Produktion.

Im Rahmen der Auditierung wurde darüber hinaus ein Vergleich der Prozesse mit denen vergleichbarer Industrien durchgeführt. Bei dieser Benchmark-Analyse erzielte Francotyp-Postalia speziell im Bereich der Kundenorientierung Bestnoten. Im summarischen Vergleich konnte FP ebenfalls überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

Die Tochtergesellschaft freesort ist zertifiziert vom Qualitätsverbund des Bundesverbands Deutscher Sachverständigen Rat e.V.

Die iab GmbH verfügt über die ISO-Zertifizierung nach ISO 9001.

### **Arbeitnehmerbelange**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Francotyp-Postalia machen den Erfolg aus. Ihre Identifikation mit dem Francotyp-Postalia und ihr Engagement für dessen Ziele leisten einen entscheidenden Beitrag zum langfristigen Unternehmenserfolg. Die Potenziale der Mitarbeiter werden durch ein hohes Maß an Eigenverantwortung gefordert und gefördert.

Bei FP ist man sich der gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und unterstützt beispielsweise Mitmenschen mit Beeinträchtigungen. So achtet die Tochtergesellschaft freesort seit der Gründung auf Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit. Das Unternehmen beschäftigt zahlreiche Taubstumme und Gehörlose und wurde dafür von der Stadt Frankfurt am Main als barrierefreier und behindertenfreundlicher Betrieb ausgezeichnet. Im Jahr 2010 gewann das Unternehmen den deutschen Arbeitsplatzinvestor-Preis in der Kategorie „Behinderten-Arbeitsplätze“, verliehen vom Wirtschaftsclub Rhein-Main und der Bundesagentur für Arbeit. Hierbei werden jährlich Unternehmen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise ihrer Verantwortung bewusst sind, Arbeitsplätze zu schaffen.

## **6. Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB**

Nachstehend informiert der FP-Konzern über die verpflichtenden Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB. Es handelt sich dabei insgesamt um Regelungen, die bei börsennotierten Unternehmen üblich sind und nicht dem Zweck der Erschwerung etwaiger Übernahmeveruche dienen.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 1 HGB (Gezeichnetes Kapital)**

Am 31. Dezember 2011 betrug das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG 14.700.000 Euro. Es ist in 14.700.000 Stückaktien eingeteilt.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 2 HGB (Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen)**

Jede Aktie berechtigt zur Abgabe einer Stimme in der Hauptversammlung. Beschränkungen betreffend der Stimmrechte oder deren Übertragung bestehen nicht. Zum 31. Dezember 2011 lag der Bestand an eigenen Aktien bei 370.444. Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % des Grundkapitals. Bei eigenen Aktien werden keine Stimmrechte ausgeübt. Etwaige Beschränkungen, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben könnten, sind dem Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nicht bekannt.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 3 HGB (Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten)**

Zum 31. Dezember 2011 hielt die Amiral Gestion mit Sitz in Paris, Frankreich, 11,30 % am Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG. Dies entspricht 1.660.679 Aktien.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 4 HGB (Aktien mit Sonderrechten)**

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 5 HGB (Stimmrechtskontrolle bei Arbeitnehmerbeteiligung)**

Es existieren keine Stimmrechtskontrollen.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 6 HGB (Gesetzliche Bestimmung der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung)**

Gemäß Ziffer 6 Abs. 2 der Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG erfolgen die Bestimmung der Anzahl der Vorstandsmitglieder, deren Bestellung sowie der Widerruf ihrer Bestellung durch den Aufsichtsrat. Nach Ziffer 6 Abs. 3 der Satzung kann der Aufsichtsrat einem Aufsichtsratsausschuss den Abschluss, die Änderung und Beendigung von Anstellungsverträgen der Vorstandsmitglieder übertragen.

Die Satzung schreibt in Ziffer 23 Abs. 1 vor, dass die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmen-

mehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, falls das Gesetz oder die Satzung nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben, fasst. Stimmenenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat gemäß Ziffer 15 Abs. 2 der Satzung Satzungsänderungen vornehmen, die nur die Fassung betreffen.

#### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 7 HGB**

#### **(Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen)**

##### **Genehmigtes Kapital**

Der Vorstand war gemäß Ziff. 4 Abs. 3 der Satzung ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 15. Oktober 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu 6.000.000 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006). Von dieser Ermächtigung ist kein Gebrauch gemacht worden. Um der Verwaltung den bisherigen Handlungsspielraum über den 15. Oktober 2011 hinaus zu erhalten, hat die Hauptversammlung am 30. Juni 2011 beschlossen, das Genehmigte Kapital 2006 aufzuheben und durch ein neues Genehmigtes Kapital 2011 zu ersetzen. Dieses wurde zudem leicht erhöht.

Der Vorstand wird ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 29. Juni 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu 7.350.000 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011). Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien zu. Gemäß § 186 Abs. 5 AktG können die neuen Aktien auch von einem oder mehreren Kreditinstituten oder einem Konsortium aus Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben;
- soweit es erforderlich ist, um den Inhabern von bereits zuvor ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten ein Bezugsrecht in dem Umfang gewähren zu können, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten zustehen würde;
- soweit die neuen Aktien gegen Sacheinlagen ausgegeben werden sollen, um Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, und sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt;
- soweit die neuen Aktien gegen Bareinlagen ausgegeben werden und der auf die neu auszugebenden Aktien insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neu auszugebenden Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet. Für die Berechnung der Grenze von 10 % des Grundkapitals ist die Höhe des Grundkapitals im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung maßgebend. Auf diesen Höchstbetrag ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf neue oder



auf zuvor erworbene eigene Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in unmittelbarer, sinngemäßer oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden, sowie der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandlungsrechten oder zur Erfüllung von Options- oder Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen ausgegeben werden bzw. auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in sinngemäßer Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden;

- für einen Anteil am genehmigten Kapital in Höhe von bis zu insgesamt 1.470.000 Euro, um die neuen Aktien an Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiter einer ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Konzernunternehmen im Sinne des § 18 AktG auszugeben, wobei die Ausgabe der Belegschaftsaktien auch zu einem Vorzugspreis erfolgen kann.

Über den Inhalt der jeweiligen Aktienrechte und die sonstigen Bedingungen der Aktienaussgabe entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Umfang der Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital zu ändern.

### **Bedingtes Kapital**

Am 30. Juni 2011 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag von bis zu 6.305.000 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.305.000 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 Euro je Aktie bedingt zu erhöhen (Bedingtes Kapital 2011).

Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber oder Gläubiger von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die bis zum 29. Juni 2016 von der Gesellschaft oder durch ein unmittelbares oder mittelbares Konzernunternehmen der Gesellschaft im Sinne des § 18 AktG begeben werden. Sie wird nur insoweit durchgeführt, als von Options- oder Wandlungsrechten aus den vorgenannten Schuldverschreibungen Gebrauch gemacht wird oder Options- oder Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllt werden und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe der vorstehenden Ermächtigung jeweils zu bestimmenden Options- bzw. Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung zu ändern.

### **Wandel- und Optionsrechte**

Der Vorstand wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2011 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. Juni 2016 einmalig oder mehrmalig, insgesamt oder in Teilbeträgen, Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechte oder Gewinnschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (zusammen „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 200.000.000 Euro zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern (zusammen im Folgenden „Inhaber“) der jeweiligen Teilschuldverschreibungen Options- oder Wandlungsrechte auf den Erwerb von auf den Inhaber lauten-

den Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 6.305.000 Euro nach näherer Maßgabe der Bedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren und entsprechende Options- oder Wandlungspflichten zu begründen. Die Schuldverschreibungen sowie die Wandlungs- und Optionsrechte bzw. -pflichten dürfen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren oder ohne Laufzeitbegrenzung begeben werden. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen kann insgesamt oder teilweise auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen.

Die einzelnen Emissionen können in jeweils unter sich gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen eingeteilt werden.

Die Schuldverschreibungen können in Euro oder – im entsprechenden Gegenwert – in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes begeben werden. Sie können auch durch ein unmittelbares oder mittelbares Konzernunternehmen der Francotyp-Postalia Holding AG im Sinne des § 18 AktG begeben werden; in einem solchen Fall wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Garantie für die Schuldverschreibungen zu übernehmen und den Inhabern Options- bzw. Wandlungsrechte auf neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu gewähren oder entsprechende Options- oder Wandlungspflichten zu begründen.

Im Falle der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen werden jeder Teilschuldverschreibung ein oder mehrere Optionsscheine beigefügt, die den Inhaber berechtigen, nach Maßgabe der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzulegenden Optionsanleihebedingungen auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen. Die Optionsanleihebedingungen können vorsehen, dass der Optionspreis ganz oder teilweise auch durch Übertragung von Teilschuldverschreibungen erbracht werden kann, soweit diese auf Euro lauten. Das Bezugsverhältnis ergibt sich in diesem Fall aus der Division des Nennbetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Optionspreis für eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft. Der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die je Teilschuldverschreibung zu beziehenden Aktien entfällt, darf den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen. Die Laufzeit des Optionsrechts darf die Laufzeit der Optionsschuldverschreibung nicht überschreiten.

Im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen erhalten die Inhaber der Teilschuldverschreibungen das Recht, diese nach näherer Maßgabe der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzulegenden Wandelanleihebedingungen in auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft umzutauschen. Das Umtauschverhältnis ergibt sich aus der Division des Nennbetrages oder des unter dem Nennbetrag liegenden Ausgabebetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Wandlungspreis für eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft und kann auf eine volle Zahl auf- oder abgerundet werden. Der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die bei Wandlung auszugebenden Aktien entfällt, darf den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können auch eine Options- oder Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit oder zu einem früheren Zeitpunkt begründen.

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können das Recht der Gesellschaft vorsehen, bei Endfälligkeit der mit einem Options- oder Wandlungsrecht verbundenen Schuldverschreibungen den Inhabern der Schuldverschreibungen ganz oder teilweise an Stelle der Zahlung des fälligen Geldbetrages Aktien der Gesellschaft zu gewähren. Ferner kann vorgesehen werden, dass die Gesellschaft den Options- oder Wandlungsberechtigten oder

-verpflichteten nicht auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft gewährt, sondern den Gegenwert in Geld zahlt.

Soweit die Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder die Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zu rechnerischen Bruchteilen von Aktien führt, werden diese grundsätzlich in Geld ausgeglichen. Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können jedoch vorsehen, dass kein Ausgleich für rechnerische Bruchteile von Aktien zu erfolgen hat. Die Gesellschaft kann in den Bedingungen der Schuldverschreibungen berechtigt werden, eine etwaige Differenz zwischen dem Nennbetrag der Teilschuldverschreibung und dem Produkt aus dem Options- bzw. Wandlungspreis und dem Bezugs- bzw. Umtauschverhältnis ganz oder teilweise durch Zahlung in Geld auszugleichen.

Die vorstehenden Vorgaben gelten entsprechend, wenn Optionsscheine einem Genussrecht oder einer Gewinnschuldverschreibung beigefügt werden oder wenn das Options- oder Wandlungsrecht oder die Options- oder Wandlungspflicht auf einem Genussrecht oder einer Gewinnschuldverschreibung beruht.

Der jeweils festzusetzende Options- oder Wandlungspreis muss, auch wenn er oder das Bezugs- oder Umtauschverhältnis variabel ist, mindestens 80 % des gewichteten durchschnittlichen Börsenkurses der Francotyp-Postalia Holding-Aktie in der Schlussauktion im vollelektronischen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main, auf Basis des Handelssystems Xetra (oder einem an dessen Stelle tretenden, funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) betragen, und zwar

- während der zehn Börsentage der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main, vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Begebung der Schuldverschreibungen bzw. über die Erklärung der Annahme durch die Gesellschaft nach einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Zeichnungsangeboten, oder,
- für den Fall der Einräumung eines Bezugsrechts auf die Schuldverschreibungen, vom Beginn der Bezugsfrist bis einschließlich des Tages vor der Bekanntmachung der endgültigen Festlegung der Konditionen gemäß § 186 Abs. 2 Satz 2 AktG

§ 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

Sofern während der Laufzeit von Schuldverschreibungen, die ein Options- oder Wandlungsrecht bzw. eine Options- oder Wandlungspflicht gewähren bzw. bestimmen, Verwässerungen des wirtschaftlichen Werts der bestehenden Options- oder Wandlungsrechte eintreten (beispielsweise durch Begebung weiterer Schuldverschreibungen oder Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln) und dafür keine Bezugsrechte als Kompensation eingeräumt werden, werden die Options- oder Wandlungsrechte – unbeschadet § 9 Abs. 1 AktG – wertwahrend angepasst, soweit die Anpassung nicht bereits durch Gesetz zwingend geregelt ist. In jedem Fall darf der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die je Teilschuldverschreibung zu beziehenden Aktien entfällt, den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.

Statt einer wertwahrenden Anpassung des Options- bzw. Wandlungspreises kann nach näherer Bestimmung der Bedingungen der Schuldverschreibungen in allen diesen Fällen auch die Zahlung eines entsprechenden Betrages in Geld durch die Gesellschaft bei Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder bei der Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht vorgesehen werden.

Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die Schuldverschreibungen zu. Die Schuldverschreibungen können auch von einem oder mehreren Kreditinstituten oder einem Konsortium aus Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Schuldverschreibungen auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben;
- soweit dies erforderlich ist, um den Inhabern von bereits ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten ein Umtausch- oder Bezugsrecht in dem Umfang gewähren zu können, wie es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zustehen würde;
- soweit Schuldverschreibungen gegen Sachleistungen ausgegeben werden sollen und der Wert der Sachleistung in einem angemessenen Verhältnis zu dem nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert der Schuldverschreibungen steht;
- soweit Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder Options- oder Wandlungspflicht gegen Barleistung ausgegeben werden sollen und der Ausgabepreis ihren nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss gilt nur insoweit, als auf die zur Bedienung der Options- und Wandlungsrechte bzw. bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten ausgegebenen bzw. auszugebenden Aktien insgesamt ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von nicht mehr als 10% des Grundkapitals der Gesellschaft entfällt. Für die Berechnung der 10%-Grenze ist die Höhe des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung maßgebend. Auf diesen Höchstbetrag ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in unmittelbarer, sinngemäßer oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben oder veräußert werden.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Schuldverschreibungen festzusetzen bzw. im Einvernehmen mit den Organen der die Schuldverschreibungen begebenden Gesellschaften, an denen die Gesellschaft eine unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligung hält, festzulegen. Dies betrifft insbesondere Volumen, Zeitpunkt, Zinssatz, Art der Verzinsung, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung, Options- bzw. Wandlungszeitraum, Festlegung einer Zuzahlung in bar, den Ausgleich oder die Zusammenlegung von Spitzen sowie die Barzahlung statt Lieferung von auf den Inhaber lautenden Stückaktien.

### **Bedingtes Kapital zur ausschließlichen Erfüllung von Bezugsrechten**

Am 1. Juli 2010 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 1.045.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 1.045.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Bezugsrechten, die bis zum 30. Juni 2015 aufgrund der im Beschluss der Hauptversammlung vom gleichen Tag formulierten Bedingungen gewährt werden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der ausgegebenen Bezugs-

rechte von ihrem Recht zum Bezug von Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt. Die Ausgabe der Aktien aus dem bedingten Kapital erfolgt zu dem gemäß folgender von der Hauptversammlung beschlossener Bedingungen: „Der Ausübungspreis eines Bezugsrechts entspricht dem durchschnittlichen Börsenkurs (Schlusskurs) der Inhaber-Stückaktie der Gesellschaft im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main an den letzten 90 Kalendertagen vor der Gewährung des Bezugsrechts. Mindestausübungspreis ist jedoch der auf die einzelne Stückaktie entfallende anteilige Betrag am Grundkapital der Gesellschaft (derzeit Euro 1,00) (§ 9 Abs. 1 AktG).“

Die neuen Stückaktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das zum Zeitpunkt der Ausübung der Bezugsrechte noch kein Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil.

### **Ermächtigung zum Erwerb sowie zur Veräußerung eigener Aktien**

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015.

Der Erwerb eigener Aktien kann auf Grundlage der neuen Ermächtigung entweder über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots erfolgen.

Sofern bei einem öffentlichen Kaufangebot die Anzahl der angebotenen Aktien die zum Erwerb vorgesehene Aktienanzahl übersteigt, kann der Erwerb unter Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre nach dem Verhältnis der angebotenen Aktien erfolgen, um das Erwerbsverfahren zu vereinfachen. Dieser Vereinfachung dient auch die bevorrechtigte Berücksichtigung geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angebotener Aktien je Aktionär.

Die Ermächtigung sieht vor, dass die erworbenen eigenen Aktien über die Börse oder im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten Angebots wieder veräußert werden können. Darüber hinaus soll der Vorstand allerdings auch ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats

- eigene Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.
- eigene Aktien als Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder als Gegenleistung beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran anzubieten und zu übertragen. Die aus diesem Grund vorgeschlagene Ermächtigung soll die Gesellschaft im Wettbewerb um interessante Akquisitionen stärken und ihr ermöglichen, schnell, flexibel und liquiditätsschonend auf sich bietende Gelegenheiten zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran zu reagieren. Dem trägt der vorgeschlagene Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre Rechnung. Die Entscheidung, ob im Einzelfall eigene Aktien oder Aktien aus einem genehmigten Kapital genutzt werden, trifft der Vorstand, wobei er sich allein vom Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft leiten lässt. Bei der Festlegung der Bewertungsrelationen wird der Vorstand sicherstellen, dass die Interessen der Aktionäre angemessen gewahrt werden. Dabei wird der Vorstand den Börsenkurs der Aktie berücksichtigen; eine schematische Anknüpfung an einen Börsenkurs ist indes nicht vorgesehen, insbesondere damit einmal erzielte Verhandlungsergebnisse durch Schwankungen des Börsenkurses nicht wieder in Frage ge-

stellt werden können. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.

- eigene Aktien auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht notiert sind. Auf diesem Wege soll die Gesellschaft die Flexibilität erhalten, soweit dies aus Gründen der besseren langfristigen Eigenkapitalfinanzierung notwendig erscheint, Zweitnotierungen an ausländischen Börsen aufzunehmen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- eigene Aktien gegen Barleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts an Dritte zu veräußern, z. B. an institutionelle Investoren oder zur Erschließung neuer Investorenkreise. Voraussetzung einer solchen Veräußerung ist, dass der erzielte Preis (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Handelstag durch die Eröffnungsauction ermittelten Kurs einer Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet. Durch die Orientierung des Veräußerungspreises am Börsenkurs wird dem Gedanken des Verwässerungsschutzes Rechnung getragen und das Vermögens- und Stimmrechtsinteresse der Aktionäre angemessen gewahrt. Die Verwaltung wird sich bei Festlegung des endgültigen Veräußerungspreises – unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten – bemühen, einen etwaigen Abschlag vom Börsenkurs so niedrig wie möglich zu bemessen. Die Aktionäre haben grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Beteiligungsquote durch Kauf von Aktien über die Börse aufrecht zu erhalten, während der Gesellschaft im Interesse der Aktionäre weitere Handlungsspielräume eröffnet werden, um kurzfristig günstige Börsensituationen auszunutzen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Barvergütung eigene Aktien anzubieten. Hintergrund dieser Ermächtigung sind Überlegungen des Aufsichtsrats, bereits fällige oder noch fällig werdende Gehaltsbestandteile des Vorstands nicht in bar, sondern in Aktien der Gesellschaft zu vergüten. Der Vorteil eines solchen Vorgehens läge nicht nur in der Schonung der Liquiditätsreserven der Gesellschaft, sondern auch in der Schaffung eines weiteren Anreizes für den Vorstand, den Unternehmenswert durch besondere Leistungen zu steigern und damit im Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft eine nachhaltige Kursentwicklung zu fördern. Einer wertmäßigen Verwässerung der bestehenden Aktienbeteiligungen wird dadurch entgegen gewirkt, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauction ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreiten darf (ohne Erwerbsnebenkosten).
- eigenen Aktien zur Bedienung von Bezugsrechten, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Vorteil der Bedienung von Bezugsrechten unter dem Aktienoptionsplan 2010 mit eigenen Aktien liegt darin, dass die Gesellschaft nicht unter Ausnutzung des bedingten Kapitals neue Aktien ausgeben muss, mithin den damit für die bestehenden Aktionäre verbundenen Verwässerungseffekt vermeiden kann.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB**

#### **Wesentliche Vereinbarungen des Mutterunternehmens, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen)**

Wesentliche Vereinbarungen der Konzernmuttergesellschaft Francotyp-Postalia Holding AG, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden weder mit Dritten noch mit Tochterunternehmen getroffen.

### **Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB**

#### **(Entschädigungsvereinbarung des Mutterunternehmens für den Fall eines Übernahmeangebots)**

Eine solche Vereinbarung bestand zum Stichtag 31. Dezember 2011 nicht.

## **7. Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern**

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder umfasst die monetären Vergütungsteile, die Versorgungszusagen und die sonstigen Zusagen, insbesondere für den Fall der Beendigung der Tätigkeit, Nebenleistungen jeder Art und Leistungen von Dritten, die im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt werden. Entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsteile sowohl fixe wie auch variable Bestandteile.

Durch Beschluss der Hauptversammlung wird die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder in der Satzung festgelegt. Die Aufsichtsratsvergütung trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder Rechnung und berücksichtigt sowohl den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz wie auch die mögliche Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist dabei nicht vorgesehen.

#### *Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat*

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten von Francotyp-Postalia unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind ein festes Jahresgehalt und ein erfolgsabhängiger Bonus, abhängig vom erzielten Cash Flow und EBITA, festgelegt.

Gemäß dem Standortsicherungsvertrag, der im August 2009 mit den Arbeitnehmervertretern und der IG Metall abgeschlossen worden ist, verzichteten die Vorstände bis Juli 2011 auf 20 % ihres Einkommens.

Die Vergütung des Vorstands betrug insgesamt TEUR 748 wovon TEUR 532 auf das feste Jahresgehalt inklusive der Zuschüsse zur Altersvorsorge und TEUR 26 auf Sachbezüge entfielen. Im Geschäftsjahr 2011 wurden für den Vorstand Boni in Höhe von TEUR 140 für Herrn Szymanski und in Höhe von TEUR 140 für Herrn Drechsler ausgezahlt. Hierfür waren im Geschäftsjahr 2010 je Vorstandsmitglied Rückstellungen in Höhe von TEUR 96 gebildet worden. Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben

anzusetzenden Werten aus der Dienstwagennutzung sowie den individuellen Versicherungsbeiträgen.

Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 hat beschlossen, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG und an Führungskräfte der FP-Konzern Bezugsrechte auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen (Aktienoptionsplan). Aus diesem Aktienoptionsplan sind dem Vorstand je 180.000 – insgesamt 360.000 Aktienoptionen – gemäß Beschluss der Hauptversammlung zugeteilt worden, eine Option hat einen beizulegenden Zeitwert von 1,37 Euro.

Die dem Vorstand gewährten Bezüge stellen sich wie folgt dar:

TEUR		Fixes Entgelt	Sachbezüge / Zuschüsse	Boni	Boni (Rückstellung)	Aktienoptionen (Personal-aufwand)	Gesamtvergütung
Hans Szymanski	2011	279	11	140	-96	51	385
	2010	244	11	32	96	18*	401
Andreas Drechsler	2011	253	15	140	-96	51	363
	2010	228	15	32	96	18*	389
<b>Gesamtbezüge für</b>	<b>2011</b>	<b>532</b>	<b>26</b>	<b>280</b>	<b>-192</b>	<b>102</b>	<b>748</b>
<b>das Geschäftsjahr</b>	<b>2010</b>	<b>472</b>	<b>26</b>	<b>64</b>	<b>192</b>	<b>36*</b>	<b>790*</b>

\* Die Angabe ist gegenüber dem Vorjahresbericht korrigiert worden.

Das fixe Entgelt enthält Zuschüsse zur Altersvorsorge in Höhe von jeweils TEUR 76 (2010: TEUR 76) für Herrn Szymanski und Herrn Drechsler.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2011: TEUR 2; 2010: TEUR 1).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie deren Hinterbliebenen wurden TEUR 366 (im Vorjahr TEUR 334) zurückgestellt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsrats-tätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Christoph Weise, hat auf die ihm zustehende Vergütung für die Jahre 2008 bis 2010 verzichtet. Die Festvergütung des Aufsichtsrats betrug somit für das Geschäftsjahr 2011 TEUR 112 (Vorjahr: TEUR 75).



## **8. Risiko- und Chancenbericht**

### **8.1 Risiko- und Chancenmanagementsystem**

Francotyp-Postalia hat 2011 bedeutende Fortschritte auf dem Weg zum ersten Multi-Channel-Anbieter für Briefkommunikation gemacht. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür war ein gut funktionierendes Chancen- und Risikomanagementsystem, das das frühzeitige Erkennen und Wahrnehmen von Chancen bzw. das ebenso frühzeitige Erkennen und Eingrenzen von Risiken ermöglicht. Grundsätzlich ist die Risikopolitik darauf ausgerichtet, den Bestand von Francotyp-Postalia nachhaltig zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich zu verbessern.

Das Risiko- und Chancenmanagement ist in die wertorientierte Steuerung und die bestehenden Strukturen des FP-Konzerns eingebunden. Für das frühzeitige und regelmäßige Identifizieren, Bewerten und Organisieren von Chancen ist das operative Management in den Geschäftsbereichen und in den Tochtergesellschaften verantwortlich. Der Chancenerkennung dienen unter anderem detaillierte Markt- und Wettbewerbsanalysen und Prognoseszenarien sowie die intensive Auseinandersetzung mit relevanten Kostentreibern und kritischen Erfolgsfaktoren auch im politischen Umfeld.

Ein Überwachungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG ist eingerichtet. Dieses System dient der (Früh-)Erkennung bestandsgefährdender Risiken für den FP-Konzern.

Einmal im Jahr werden alle rechtlichen Risiken, Geschäftsrisiken, Betriebsrisiken und Finanzrisiken im FP-Konzern inventarisiert. Alle erfassten Risiken werden nach Maßgabe der möglichen Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit danach beurteilt, ob sie bestandsgefährdend sind. Die bestandsgefährdenden Risiken werden gesondert festgehalten und weiter beobachtet.

### **8.2. Marktbezogene Risiken**

#### **8.2.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken**

Wesentliche Risiken für die Gesellschaft ergeben sich aus der konjunkturellen Entwicklung sowie aus Wechselkursrisiken.

Die FP ist teilweise einem zyklischen Investitionsverhalten der Kunden je nach Konjunkturlage ausgesetzt: Die fast 90-jährige Historie von Francotyp-Postalia hat jedoch immer wieder gezeigt, dass die Risiken der Konjunkturzyklen beherrschbar sind. Darüber hinaus sind rund drei Viertel der Umsätze von FP wiederkehrende Erträge aus Serviceverträgen, dem Mietgeschäft, dem Verkauf von Verbrauchsmaterialien sowie den Postdienstleistungen und Softwarelösungen. Die wiederkehrenden Erträge sind erheblich weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen als das Neugeschäft. Insgesamt sind aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen.

Währungsrisiken ergeben sich daraus, dass FP Umsätze teilweise in anderen Währungen erzielt, die Kosten jedoch größtenteils in Euro anfallen. Der FP-Konzern erwirtschaftet etwa ein Drittel des Gesamtumsatzes in den USA, Kanada und Großbritannien. Einige Tochterunternehmen der FP Holding AG bilanzieren in Fremdwährungen.

## 8.2.2 Branchenspezifische Risiken

### *Veränderte Marktstruktur*

Die Gesetzgeber öffnen den europäischen Briefmarkt für den Wettbewerb, dies regelt die EU-Richtlinie (Richtlinie 2002/39/EG) zur weiteren Liberalisierung des Marktes für Postdienste in der Gemeinschaft. Die laufende Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht wird voraussichtlich dazu führen, dass künftig mehrere Anbieter von Postdienstleistungen in den nationalen Postmärkten tätig sein werden.

Der deutsche Postmarkt ist bereits seit dem 1. Januar 2008 vollständig liberalisiert. Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen („Bundesnetzagentur“) hat mittlerweile mehrere hundert Lizenzen an verschiedene Anbieter von Postdienstleistungen erteilt. Es ist möglich, dass die neuen Anbieter ihre Leistungen ausweiten, Marktanteile gewinnen und ihre Post ohne Freimachung befördern, wodurch sich der Bedarf an Frankiermaschinen insgesamt verringern könnte.

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung des liberalisierten Postmarktes in Deutschland hat auch die gesetzliche Anpassung der Umsatzsteuerpflicht für Postdienstleistungen. Nach mehreren Anläufen beschlossen Bundestag und Bundesrat im März 2010 eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Die Deutsche Post AG bleibt weiterhin für Universaldienstleistungen von der Umsatzsteuer befreit, wird aber bei anderen Produkten umsatzsteuerpflichtig. Die Neuregelung trat zum 1. Juli 2010 in Kraft. Diese Entwicklung kann auch auf anderen europäischen bzw. internationalen Postmärkten eintreten, auf denen die FP tätig ist. Dies könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, da z. B. die Attraktivität des Geschäftsmodells für Kunden, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, sinkt.

In diesem Zusammenhang ist zu beobachten, wie sich der Bereich der privaten Postdienstleister entwickelt. Die Einführung des Mindestlohnes für Zusteller hatte den Wettbewerbsdruck im Briefgeschäft verringert. 2010 entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig jedoch, dass dieser Mindestlohn unwirksam ist. Mittlerweile gibt es dafür Überlegungen im politischen Raum, einen allgemeinen Mindestlohn einzuführen. Die weitere Entwicklung ist offen, Experten rechnen jedoch mit verbesserten Chancen für private Brief- und Zustelldienste.

### *Verändertes Nutzerverhalten*

Durch den Einsatz neuer, insbesondere digitaler Technologien im Postausgangsmarkt und durch die Zunahme von privaten Briefdienstleistern kann sich der Bedarf an Frankiermaschinen verringern. Dies kann die Nachfrage hin zu kleineren Frankiermaschinen verschieben sowie Marktanteile und Preise verändern. Diesem Risiko steht eine Chance gegenüber, denn der FP-Konzern partizipiert mit innovativen Angeboten mittlerweile sowohl an der Liberalisierung als auch am technologischen Fortschritt. Als Komplettanbieter für die Briefkommunikation hat der FP-Konzern eine Basis geschaffen, um künftig von den Veränderungen der Postmärkte und dem sich verändernden Nutzerverhalten profitieren zu können.

Darüber hinaus zeigen Marktbeobachtungen, dass große Frankiermaschinen aus dem C-Segment mit Nachfragerückgängen zu kämpfen haben. Häufig ist ein Zurückstufen der großen hin zu kleineren Maschinen aus dem A-Segment zu beobachten. Hierin besteht eine Chance für FP, der fast ausschließlich im A-Segment tätig ist.

Im Bereich der Sammelkommunikation, also der individualisierten Tagespost, die durch Hybrid-Mail-Lösungen (iab) verarbeitet wird ebenso wie im Bereich der Konsolidierung (freesort) beobachtet FP in zunehmendem Maße das Aufkommen von Mitbewerbern. Der FP-Konzern begegnet diesem Risiko durch eine Verzahnung der Bereiche „Frankieren und Kuvertieren“ sowie „Softwarelösungen und Mail Services“. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht zu erkennen.

### **8.3 Unternehmensstrategische Risiken**

Der FP-Konzern strebt profitables und nachhaltiges Wachstum an. Dieses Kriterium ist grundsätzlich auch die entscheidende Maßgabe für Investitionen und Akquisitionen bzw. Beteiligungen an Unternehmen. Unternehmensstrategische Risiken beinhalten im Wesentlichen Fehleinschätzungen bei Entscheidungen zu Investitionen und möglichen M&A-Aktivitäten. Ebenso können Risiken daraus resultieren, dass sich Erwartungen, die beispielsweise in Investitionen gesetzt wurden, nicht erfüllen. FP unterzieht die in der Konzernbilanz aktivierten Firmenwerte ihrer Tochtergesellschaften laufend einem Werthaltigkeitstest. Die Notwendigkeit einer Abschreibung hätte zwar keine Auswirkung auf das EBITDA, jedoch auf das Eigenkapital. Darüber hinaus könnte das Engagement in neuen Märkten wie zuletzt in Frankreich unter Umständen nicht zu dem angestrebten Erfolg führen.

Die laufende Schließung der Produktion in Birkenwerder birgt Risiken, da einerseits Know-how in der Produktion abfließen und andererseits die Schließung nicht plan- und zeitmäßig verlaufen könnte. Diese Risiken werden durch laufende Reportings beim Anlauf der neuen Produktion und die sorgfältige Auswahl und Schulung der neuen Mitarbeiter minimiert. Darüber hinaus überprüft die Gesellschaft laufend den Stand des Produktionsprozesses, um die Risiken der Schließung insgesamt zu minimieren. Nach dem Start der Produktion in Wittenberge sieht FP dieses Risiko als beherrschbar an.

Ebenso besteht die Möglichkeit, dass die PostBase nicht den gewünschten Erfolgsbeitrag liefert. Auf Basis der aktuellen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird mit einer EBIT-Rendite von ca. 20% gerechnet. Sollte das neue Frankiersystem den erwarteten Erfolgsbeitrag nicht liefern, würde dies negative Folgen für den Beteiligungsbuchwert der Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder haben.

Durch frühzeitige Chancen- und Risikoanalysen und dem Einsatz interner und gegebenenfalls auch externer Experten begrenzt die Gesellschaft solche unternehmensstrategische Risiken. Derzeit sieht die Gesellschaft keine strategischen Risiken, die zu einer Bestandsgefährdung führen könnten.

### **8.4 Leistungswirtschaftliche Risiken**

#### **8.4.1 Beschaffungs- und Einkaufsrisiken**

Der FP-Konzern ist in einigen Bereichen der Rohstoffversorgung sowie bei der Bereitstellung von Dienstleistungen von Lieferanten und Drittanbietern abhängig. Lieferantenausfälle, Qualitätsprobleme und Lieferengpässe bei speziellen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen könnten zu potenziellen Beschaffungsrisiken führen. Mit gezielter Lieferantenauswahl, langfristigen Liefervereinbarungen und Qualitätsstandards minimiert FP diese Risiken. Die Gesellschaft schätzt das Beschaffungsrisiko insgesamt als gering ein.

#### **8.4.2 Produktionstechnische Risiken**

Grundsätzlich erkennt die Gesellschaft mögliche Produktionsrisiken frühzeitig durch den Einsatz von Überwachungs- und Kontrollsystemen. Mit zahlreichen Maßnahmen zur Qualitätssicherung, Zertifizierungen und durch die ständige Weiterentwicklung der Anlagen und Produkte werden die Risiken verringert. Aufgrund der Vorsorgemaßnahmen bewertet die Gesellschaft mögliche Produktionsrisiken als moderat.

#### **8.4.3 Informationstechnische Risiken**

FP Holding begegnet möglichen IT-Risiken durch den Einsatz moderner Hard- und Software nach aktuellen Sicherheitsstandards. Um Geschäftsprozesse sicher abzuwickeln, überprüft die Gesellschaft regelmäßig die IT-Systeme. FP minimiert solche Risiken zudem durch den Einsatz ausgebildeter Experten und durch professionelles Projektmanagement. Die Gesellschaft schätzt mögliche Gefahren im Zusammenhang mit der Informationssicherheit oder Risiken aus der verwendeten Informationstechnologie als gering ein.

#### **8.4.4 Personalrisiken**

Der Erfolg von Francotyp-Postalia ist maßgeblich vom Engagement, der Motivation und den Fähigkeiten seiner Mitarbeiter abhängig. Es bestehen Risiken, Leistungsträger für offene Stellen nicht zu finden bzw. sie nicht halten zu können. Der FP-Konzern begrenzt diese Risiken durch leistungsgerechte Vergütungen und flexible, an den Interessen der Beschäftigten orientierte Arbeitsbedingungen. Wichtige Positionen werden regelmäßig im Hinblick auf eine vorausschauende Nachfolgeplanung analysiert und geeignete Kandidaten auf diese Aufgaben vorbereitet. Dabei ist die schriftliche Dokumentation von Wissen von Vorteil. Insgesamt sind die Personalrisiken als gering einzustufen.

#### **8.5 Finanzrisiken**

FP ist im Rahmen seines Geschäfts bestimmten finanziellen Risiken ausgesetzt, die Währungsschwankungen, Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsengpässe und Forderungsausfälle umfassen. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt die Unvorhersehbarkeit der Finanzmärkte und soll negative Auswirkungen auf die Ertragslage des Konzerns minimieren. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich der FP-Konzern bestimmter Finanzinstrumente. Diese werden generell zur Absicherung bestehender Grundgeschäfte oder geplanter Transaktionen eingesetzt. Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten, die finanzwirtschaftliche Berichterstattung und die Kontrollmechanismen für Finanzinstrumente sind durch konzerninterne Regelungen festgelegt. Hierzu gehört eine Funktionstrennung zwischen Erfassung und Kontrolle der Finanzinstrumente. Die Währungs-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken des FP-Konzerns werden zentral durch die FP Holding AG gesteuert. Die Gesellschaft stuft die Finanzrisiken als beherrschbar ein.

##### **8.5.1 Währungsrisiko**

Aufgrund der internationalen Ausrichtung ist der FP-Konzern und somit auch die FP Holding AG Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. So befinden sich die Tochtergesellschaften in Großbritannien, Schweden, Singapur, Kanada und den USA außerhalb des Euro-Währungsraums. Um die Währungsrisiken zu begrenzen, ist der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten vorgesehen.

Die Währungsrisiken aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar werden teilweise abgesichert, indem diese zur Tilgung eines am 21. Februar 2011 aufgenommenen

Darlehens verwendet werden, welches ebenfalls in US-Dollar besteht. Darüber hinaus bestehen Sicherungsgeschäfte für Konvertierungen von US-Dollar in Euro sowie von GBP in Euro in 2012. Die Gesellschaft schätzt mögliche Risiken in diesem Bereich als beherrschbar ein.

### **8.5.2 Zinsänderungsrisiko**

Das Risiko aus Schwankungen der Marktzinssätze resultiert überwiegend aus den langfristigen Verbindlichkeiten mit einem variablen Zinssatz. Die Struktur der Zinsmargen des neuen Konsortialkreditvertrages ist bis Ende 2013 festgeschrieben.

Am 30. und 31. August 2011 wurden zwei Zins-Swap-Geschäfte in USD mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von TUSD 5.600 und drei Zins-Swap-Geschäfte in EUR mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von TEUR 16.130 und einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2013 abgeschlossen. Der Bezugsbetrag reduziert sich über die Laufzeit in Höhe der gemäß dem Konsortialdarlehensvertrag planmäßig vorzunehmenden Tilgungen. Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 3-Monats-Libor- bzw. -Euribor-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 0,78-0,80% p.a. (USD-Darlehen) bzw. 1,53-1,56% p.a. (EUR-Darlehen). Der Marktwert dieser Instrumente beträgt TEUR -133 (im Vorjahr TEUR 0). Der Swap wird vierteljährlich ausgeglichen.

Insgesamt sind die Risiken aus Zinsänderungen als beherrschbar einzustufen.

### **8.5.3 Liquiditätsrisiko**

Die Francotyp-Postalia AG hat gemäß dem mit den Banken abgeschlossenen Konsortialdarlehensvertrag zwei bestimmte Finanzkennzahlen (Covenants) einzuhalten. Zum einen dürfen definierte Eigenmittel des FP-Konzerns zum jeweiligen Quartalsende nicht unterschritten werden. Zum anderen ist ein bestimmter Nettoverschuldungsgrad nicht zu überschreiten. Dieser ergibt sich aus dem Verhältnis von Nettoverschuldung zum EBITDA, wobei diese beiden Werte gemäß Kreditvertragsdefinition bezogen auf bestimmte Positionen in geringem Umfang korrigiert werden.

Die zum 31. Dezember 2011 maßgeblichen Finanzkennzahlen wurden eingehalten. Bei einer Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen hätte das Bankenkonsortium das vertragliche Recht gehabt, den Kredit fällig zu stellen.

Nach aktuellem Stand wird davon ausgegangen, dass diese Finanzkennzahlen auch weiterhin eingehalten werden. Es wird aber davon ausgegangen, sollte künftig diese Finanzkennzahl nicht eingehalten werden können, dass mit den beteiligten Banken auf dem Wege von Nachverhandlungen eine Einigung bezüglich der Fortführung des Kredits erzielt werden kann. Dies kann jedoch gegebenenfalls zu höheren Finanzierungsaufwendungen führen. Insgesamt hält die Gesellschaft das Liquiditätsrisiko für überschaubar.

Der FP-Konzern hat neben den vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen im Zeitraum von März 2012 bis Juni 2012 auch Zahlungen im Zusammenhang mit den Sozialplan zu leisten. Hier liegt eine Risikokonzentration hinsichtlich der Liquidität vor. Um dieses Risiko auszusteuern hat die Gesellschaft im März 2012 eine zusätzlich Kreditlinie bzw. die teilweise zeitliche Verschiebung von Tilgungen mit dem bestehenden Bankenkonsortium vereinbaren.

FP erhält Zuwendungen als Förderung von Entwicklungsprojekten zur Deckung der zuwendungsfähigen Kosten als Anteilsfinanzierung. Die Zuwendungen sind mit einigen Auflagen

verbunden, die nach jetzigem Kenntnisstand erfüllt werden. Allerdings kann es dazu kommen, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Zuwendungen in der Zukunft vor dem Hintergrund der anstehenden Schließung der Produktion in Birkenwerder und dem Aufbau der neuen Produktion in Wittenberge widerrufen bzw. zurückgefordert wird. Die Unternehmensleitung geht zurzeit davon aus, dass es hierzu nicht kommen wird.

#### **8.5.4 Ausfallrisiko**

Bei Vertragspartnern können finanzielle Probleme auftreten, die sich auf die Forderungen der FP auswirken. Vor Vertragsabschlüssen werden daher mögliche Risiken beurteilt und eventuelle Sicherungsmaßnahmen festgelegt.

Die bilanzierte Höhe der finanziellen Vermögenswerte gibt ungeachtet bestehender Sicherheiten das maximale Ausfallrisiko dafür an, dass Kontrahenten ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können. Für alle den originären Finanzinstrumenten zu Grunde liegenden Leistungsbeziehungen gilt: Um das Ausfallrisiko zu minimieren, verlangt die FP – in Abhängigkeit von Art und Höhe der jeweiligen Leistung – Sicherheiten und Kreditauskünfte. Zusätzlich werden Referenzen eingeholt oder historische Daten aus der bisherigen Geschäftsbeziehung herangezogen.

Das erkennbare Ausfallrisiko einzelner Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie das allgemeine Kreditrisiko des Konzerns werden durch entsprechende Einzelwertberichtigungen abgesichert. Grundsätzlich vermeidet der Konzern unkalkulierbare Geschäftsabschlüsse, so dass der FP-Konzern diese Risiken für überschaubar und beherrschbar hält.

Bei sonstigen finanziellen Vermögenswerten von FP wie liquiden Mitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und bestimmten derivativen Finanzinstrumenten, entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert dieser Instrumente.

### **8.6 Sonstige Risiken**

#### **8.6.1 Umweltrisiken**

FP unterliegt mit seiner Geschäftstätigkeit bestimmten Umweltschutzvorschriften. Insbesondere in der Fertigung kann es bei einer Verschärfung der Auflagen zu zusätzlichen Investitionskosten kommen. Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit haben für den FP-Konzern eine zunehmende Bedeutung. Die Gesellschaft schätzt die Risiken insgesamt als gering ein.

#### **8.6.2 Rechtliche und steuerrechtliche Risiken**

FP führt als Marktteilnehmer auf einem umkämpften Markt naturgemäß eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten. Betroffen ist insbesondere die operative Vertriebsgesellschaft die mehrere außergerichtliche und gerichtliche Wettbewerbsstreitigkeiten mit Konkurrenzunternehmen führt und dabei sowohl als Anspruchsteller als auch als Anspruchsgegner auftritt. Inhalt dieser Streitigkeiten sind Werbemethoden gegenüber Kunden sowie das Auftreten am Markt. Diese Verfahren sind auf das Unterlassen von wettbewerbswidrigen Verhalten gerichtet und haben keine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung. Im Fall des Unterliegens kann auf andere Werbemaßnahmen ausgewichen werden.

Zudem können Gesetzesänderungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns und der Tochtergesellschaften beeinträchtigen. Hieraus resultierende Belastungen schätzt die Gesellschaft als moderat ein. Darüber hinaus bestehen bezüglich Verrechnungspreisen

und allgemeinen (steuer-) rechtlichen Risiken aus Betriebsprüfungen für die Zeiträume nach dem Jahr 2008, mögliche Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Wesentlich könnte die Klage der SBW Vermögensverwaltungs GmbH vom 9. März 2011 sein, in der sie Ansprüche gegenüber der Francotyp-Postalia Holding AG geltend gemacht hat. Die angeblichen Ansprüche resultieren aus dem von der Francotyp-Postalia Holding AG geschlossenen Kaufvertrag über Anteile an der iab-Gruppe. Eingeklagt werden 1.518.750,00 EUR. Die Forderung wird mit Ansprüchen auf den erhöhten Kaufpreis aus dem Unternehmenskaufvertrag sowie der angeblichen Unzulässigkeit der teilweisen Zahlung mit Aktien der Beklagten begründet. Das Prozeßrisiko wird als gering eingeschätzt.

### **8.6.3 Organisationsrisiken**

FP Holding sieht keine Risiken aus Steuerungs- und Kontrollsystemen sowie Organisations- und Führungsrisiken.

### **8.6.4 Compliance Risiken**

Bei Compliance Risiken handelt es sich um Risiken aus der möglichen Missachtung von unternehmensinternen Richtlinien bzw. dem Verstoß gegen gültige Gesetze und Vorschriften durch Führungskräfte oder Mitarbeiter von FP. Besonders kritische Bereiche sind der Einkauf und die Vertriebsorganisation. Betroffen sind zudem Mitarbeiter, die in Bereichen eingesetzt sind, in denen der Schutz geheimer Dokumente und Informationen eine wesentliche Rolle spielt. Mitarbeiter, die mit vertraulichen oder sogenannten Insiderinformationen betraut sind, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften, etwa die des deutschen Anlegerschutzverbesserungsgesetzes, einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Zur Risikominimierung und zur Sicherung der Compliance setzt FP konzernweit gültige Verhaltensgrundsätze ein und bietet entsprechende Schulungen der Mitarbeiter in den relevanten Bereichen an. Grundsätzlich kann das Eintreten eines Compliance relevanten Sachverhalts nicht ausgeschlossen werden. Die Gesellschaft stuft die Risiken als beherrschbar ein.

## **8.7 Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns**

Unter Berücksichtigung möglicher Schadensausmaße und Eintrittswahrscheinlichkeiten sind derzeit keine Risiken erkennbar, die zu einer dauerhaften, wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der FP Holding AG und des FP-Konzerns führen könnten. Insgesamt sind die Risiken beherrschbar; der Fortbestand der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht gefährdet. Grundlegende Änderungen der Risikolage erwartet die Gesellschaft derzeit nicht. Organisatorisch hat die Gesellschaft alle Voraussetzungen geschaffen, um frühzeitig über mögliche Risikosituationen informiert zu sein und schnell reagieren zu können.

## **8.8 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess**

Vorstand und Aufsichtsrat der FP legen größten Wert auf die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit, Richtigkeit und Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung an die Rechnungslegungsadressaten von Francotyp-Postalia. Vor diesem Hintergrund ist das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) integraler Bestandteil eines umfassenden unternehmensweiten Kontroll- und Risikomanagementsystems.

Das Ziel des IKS für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass ein regelkonformer Abschluss erstellt wird. Das IKS der FP-Konzern stützt sich dabei überwiegend auf ein funktionierendes internes Steuerungssystem auf Basis effizienter Prozesse sowie auf prozessintegrierte, organisatorische Sicherungsmaßnahmen, wie beispielsweise Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich oder Zahlungsrichtlinien. Prozessintegrierte Kontrollen vermindern die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Fehlern bzw. unterstützen das Aufdecken von aufgetretenen Fehlern.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems, des Rechnungslegungsprozesses sowie der Abschlussprüfung und deren Unabhängigkeit.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

Die Francotyp-Postalia Holding AG stellt als Mutterunternehmen den Jahresabschluss der Gesellschaft sowie den Konzernabschluss von FP auf. Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzern-Gesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein stringentes, internes Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert. Die bereichsübergreifenden Schlüsselfunktionen werden zentral gesteuert, wobei die einzelnen Tochtergesellschaften über ein definiertes Maß an Selbständigkeit bei der Erstellung ihrer Abschlüsse verfügen.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien bei der Erstellung des Konzernabschlusses sind:

- Bilanzierungsrichtlinien auf Konzernebene,
- Klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen,
- Einbeziehung externer Sachverständiger – soweit erforderlich, wie zum Beispiel für die Bewertung von Pensionsverpflichtungen,
- Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme und Anwendung von detaillierten Berechtigungskonzepten zur Sicherstellung aufgabengerechter Befugnisse und unter Beachtung von Funktionstrennungsprinzipien,
- Systemseitig implementierte Kontrollen und weitere Prozesskontrollen der Rechnungslegung in den Gesellschaften, Konsolidierung im Rahmen des Konzernabschlusses sowie anderer relevanter Prozesse auf Konzern- und Gesellschaftsebene,
- Berücksichtigung von im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregeln erforderlich ist.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien ist in den verschiedenen Länder-Konzerngesellschaften die jeweilige Leitung des Bereichs Finanzen verantwortlich. Jahres- und Konzernabschluss liegen in der Verantwortung des für Finanzen zuständigen Mitglieds des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG. Er wird dabei un-



terstützt durch den Bereichsleiter Finanzen, Controlling und Rechnungswesen sowie den Abteilungsleiter Finanzen und Rechnungswesen bzw. Abteilungsleiter Controlling.

Durch die Beschäftigung von Fachpersonal, gezielte und regelmäßige Fort- und Weiterbildung sowie Beachtung des Vier-Augenprinzips gewährleistet der FP-Konzern die strikte Einhaltung der lokalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften im Jahres- und Konzernabschluss.

Alle wesentlichen Jahresabschlüsse von Konzerngesellschaften, die Eingang in die Konzernkonsolidierung finden, unterliegen einer Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer.

Durch die Pflicht aller Tochtergesellschaften, monatlich ihre Geschäftszahlen in einem standardisierten Reportingformat an die Konzernholding zu berichten, werden unterjährige Soll-Ist-Abweichungen zeitnah erkannt, um entsprechend kurzfristig reagieren zu können.

## **9. Strategie und Ausblick**

Als weltweit tätiger Dienstleister und Experte für die Briefkommunikation verfolgt der FP-Konzern eine Wachstumsstrategie mit vier Schwerpunkten:

1. Ausbau des Frankier- und Kuvertiermaschinengeschäfts in traditionellen Märkten,
2. Einstieg in neue, wachstumsstarke Märkte in den Schwellenländern,
3. Ausbau des Outsourcinggeschäfts in Deutschland,
4. Neue Wachstumschancen durch vollelektronische Briefkommunikation.

Bei der strategischen Ausrichtung antizipiert FP Veränderungen in den Märkten. Durch die Industrialisierung und Globalisierung sowie technologische Innovationen und Regulierungsänderungen ergeben sich vielfältige Möglichkeiten.

Die Globalisierung führt zu einer zunehmenden Vernetzung von Unternehmen über Ländergrenzen hinweg, was neue Möglichkeiten für Dienstleister in der Briefkommunikation eröffnet. Neue Märkte und große Wachstumspotenziale entstehen zugleich durch die Industrialisierung der Schwellenländer. Die internationale Postorganisation UPU stellt fest, dass in zahlreichen Schwellenländern das Briefvolumen steigt.

Ein kurzer Vergleich macht es augenfällig: In den USA werden im Jahr mehr als 500 Briefe je Einwohner versendet, dagegen entfallen auf einen indischen Bürger zurzeit weniger als 10 Briefe pro Jahr. Das zu erwartende höhere Briefaufkommen in Ländern wie Indien wird zugleich die Anforderungen an eine professionelle Briefverarbeitung erhöhen. Unternehmen in Schwellen- und Industrieländern werden hierbei auf eine sich stetig weiterentwickelnde Technologie zurückgreifen, die höchsten Sicherheitsansprüchen genügt. Dank innovativer Technologien zeichnet sich weltweit ein Trend hin zur parallelen Nutzung unterschiedlicher Methoden der Postverarbeitung ab. Neben dem traditionellen Briefversand treten Softwarelösungen und die vollelektronische Briefkommunikation in den Vordergrund.

In Deutschland wurde im Mai 2011 das sogenannte De-Mail-Gesetz ratifiziert. Damit wurde FP der Weg zum offiziellen Akkreditierungsverfahren als De-Mail-Anbieter eröffnet. De-Mail ist ein Kommunikationsmittel, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente über das Internet ermöglicht. Der FP-Konzern hat mit seiner Tochtergesellschaft mentana-claimsoft GmbH am 6. März 2012 als erstes deutsches Unternehmen die Akkreditierung zum De-Mail-Anbieter erhalten und kann seither mit der Vermarktung des neuen vollelektronischen Kommunikationsmittels beginnen.

Der deutsche Markt ist bereits seit Anfang 2008 vollständig liberalisiert und das Gros der EU-Staaten wird bis 2013 folgen. FP wird mittel- und langfristig von der zunehmenden Liberalisierung der Postmärkte profitieren.

Das Ergebnis der FP Holding AG wird im starken Maße von dem Geschäftsverlauf der operativ tätigen Tochtergesellschaften abhängig sein. Für das Gesamtjahr 2012 prognostiziert die Gesellschaft einen Umsatz auf Vorjahresniveau sowie ein Ergebnis vor Steuern zwischen 8 und 10 Mio. EUR.

Für 2013 wird mit konstanten Umsatzerlösen sowie einem leicht besseren Ergebnis gegenüber 2012 gerechnet.

## **10. Nachtragsbericht**

### **Stand Restrukturierungen/Aufbau Produktion am Standort Wittenberge**

2011 hat der FP-Konzern eine neue Produktionsstätte im brandenburgischen Wittenberge aufgebaut. Die FP Produktionsgesellschaft mbH begann im Oktober 2011 am neuen Standort mit der Produktion. Als erstes Produkt fertigt das Unternehmen die Frankiermaschine mymail. In den darauf folgenden Wochen startete die Produktion der ersten Maschinen des neuen Frankiersystems PostBase; im zweiten Quartal 2012 läuft die Serienproduktion an. Die Schließung der Produktion in Birkenwerder erfolgt bis zum Ende des ersten Quartals 2012.

Im Zusammenhang mit den im Berichtsjahr durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen entfallen im Teilbetrieb Produktion Birkenwerder 109 Arbeitsplätze. Für 86 Inhaber dieser Arbeitsplätze wurden bisher endgültige arbeitsrechtliche Lösungen gefunden. In der Regel wurden hier gerichtliche Vergleiche geschlossen.

### **Veränderungen bei der Fremdfinanzierung**

In Ergänzung zum Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 wurde am 14. März 2012 eine Ergänzungsvereinbarung getroffen, die der Finanzierung der Ansprüche von (ehemaligen) Arbeitnehmern aus dem Sozialplan dient, der für die im Zusammenhang mit der Schließung der Produktion am Standort Birkenwerder durchgeführten Maßnahmen gilt.

Über das bisher vereinbarte Kreditvolumen hinaus erhielt FP ein weiteres Darlehen C in Höhe von TEUR 4.107. Die Inanspruchnahme des Darlehen ist in 10 monatlichen Raten über je TEUR 411 erstmals am 31. März 2013 zurückzuzahlen.

Zusätzlich wird von der am 30. Juni 2012 fälligen Tilgungsrate für das Darlehen A1 in Höhe von TEUR 1.000 ein Teilbetrag über TEUR 308 gestundet. Dieser Teilbetrag ist in 10 gleichhohen monatlichen Raten erstmals am 31. März 2013 zurückgezahlt.

Darüber hinaus wird von der am 30. Juni 2012 fälligen Tilgungsrate für das Darlehen A2 in Höhe von TUSD 1.875 ein Teilbetrag über TUSD 578 gestundet. Dieser Teilbetrag wird in 10 gleichhohen monatlichen Raten erstmals am 31. März 2013 zurückgezahlt.

Im Zusammenhang mit dem geänderten Kreditvolumen und den geänderten Rückzahlungsbedingungen wurde als zusätzliche Sicherheit der FP Holding AG eine erstrangige Grundschuld auf das Betriebsobjekt in Wittenberge, in Höhe von TEUR 1.000 vereinbart. Zudem

übereignete die FP Produktionsgesellschaft mbH als Sicherheit ihr Umlauf- und Anlagevermögen, verpfändete alle Bankguthaben und trat alle Kundenforderungen ab.

### **Kapitalerhöhung**

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 23. März 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um 1,46 Mio. Euro zu erhöhen. Hierzu gibt das Unternehmen neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1 Euro je Aktie aus. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt nun 16,16 Mio. Euro.

Die neuen Aktien wurden unmittelbar nach Zustimmung des Aufsichtsrates im Rahmen eines Private Placement durch die 3R Investments Ltd., Zypern, gezeichnet. Damit ist die Kapitalerhöhung erfolgreich platziert. Der Ausgabebetrag liegt bei 2,66 Euro je Aktie; der Gesellschaft fließt ein Bruttoemissionserlös in Höhe von 3,9 Mio. Euro zu.

### **Zulassung des neuen Frankiersystems PostBase**

Auf der CeBIT wurde das neue Frankiersystem PostBase erstmals vorgestellt und erhielt am 7. März 2011 die Zulassung durch die Deutsche Post. Die PostBase verbindet – aufgrund zahlreicher Innovationen im Bereich der Mechatronik und Softwaresteuerung – die analoge mit der digitalen Postwelt. Über einen Touchdisplay kann der Nutzer die PostBase sehr einfach und intuitiv handhaben. Mit dem FP Navigator – einer Softwarelösung zur Bedienung des Frankiersystems – gibt es die Möglichkeit, das Gerät auch direkt über einen PC zu steuern. Der FP Navigator bietet den Anwendern zudem weitere Funktionalitäten wie das Anlegen und die Kontrolle von Kostenstellen.

In Zukunft wird der FP-Konzern die PostBase außerdem an das FP Portal anbinden – einer Onlineplattform, über die die Kunden sämtliche Daten rund um ihre Briefkommunikation abrufen und gleichzeitig weitere Dienstleistungen nutzen können. So können sie über das Portal künftig direkt Konsolidierungsservices beauftragen sowie Hybridmails oder De-Mails verschicken.

### **mentana-claimsoft GmbH erhält die De-Mail-Akkreditierung**

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erteilte der mentana-claimsoft GmbH am 6. März 2012 die Akkreditierung als erster De-Mail-Provider. Das De-Mail-Gesetz definiert die Sicherheitsanforderungen und schafft so die rechtliche Grundlage dafür, dass die De-Mail die gleiche Rechtswirkung hat wie ein klassischer Brief. Nachdem die internen Abläufe und die technische Infrastruktur der mentana-claimsoft überprüft wurden, wird das De-Mail-Angebot nun auf den Markt angeboten.

### **Rangrücktritts- und Patronatserklärung für die freesort, FP Produktionsgesellschaft und mentana-claimsoft**

Zur Vermeidung der insolvenzrechtlichen Folgen der bilanziellen Überschuldung und Sicherung der Zahlungsfähigkeit hat die FP Holding AG als alleinige Gesellschafterin der freesort mit Datum vom 31. Dezember 2008 eine Rangrücktrittserklärung über zuletzt TEUR 4.500 aus dem Darlehensvertrag vom 7. August 2006 mit Nachträgen vom 13. März, 3. Mai, 20. Juni und 3. Dezember 2007 sowie 31. Dezember 2008 dergestalt abgegeben, dass sie unbefristet im Rang hinter alle Gläubiger zurücktritt und nur aus künftigen Gewinnen und dem Liquidationserlös befriedigt wird.

Die FP Holding AG hat weiterhin mit Datum vom 30. März 2012 gegenüber der freesort eine Patronatserklärung abgegeben, welche die Patronatserklärung vom 9. März 2011 außer Kraft setzt, mit dem Inhalt, dass sie bis zum 30. Juni 2013 unwiderruflich die uneingeschränkte Verpflichtung übernimmt,

- die freesort auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es ihr zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- und dafür Sorge zu tragen, dass die freesort in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Des Weiteren wurde der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 39 Abs. 2 InsO hinter allen gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft erklärt.

Am 30. März 2012 wurde für die FP Produktionsgesellschaft und die mentana-claimsoft GmbH eine gleichlautende Erklärung abgegeben (siehe oben) wie am 30. März 2012 für die freesort.

## **11. Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht (§ 289a HGB)**

### **Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht**

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Corporate Governance Bericht über die Corporate Governance der Gesellschaft. Dieser ist ebenso wie die Entsprechenserklärung Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung der Gesellschaft gemäß § 289a Abs. 1 HGB.

Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und -überwachung für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden. In seinen Bestimmungen und Regeln geht der Kodex auf die Bereiche Aktionärsinteressen, Vorstand und Aufsichtsrat, Durchsichtigkeit der Unternehmensführung und die Aufgaben des Abschlussprüfers ein. Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG sehen sich den Interessen der Aktionäre und damit den Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verpflichtet. Ebenso sorgen Vorstand und Aufsichtsrat im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand von Francotyp-Postalia und seine nachhaltige Wertschöpfung. Über mögliche Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex berichten Vorstand und Aufsichtsrat sowohl in der Entsprechenserklärung wie auch in den folgenden ausführlichen Erläuterungen bezogen auf den Kodex in seiner Fassung vom 26. Mai 2010.

## Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Gemäß § 161 Aktiengesetz erklären Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG mit der Entsprechenserklärung, welchen Empfehlungen des vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gegebenen „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden.

- 2.3.1 Da die Gesellschaft bei ihrer nächsten Hauptversammlung keine Briefwahl durchführen wird, wird sie die entsprechenden Formulare nicht auf ihrer Internetseite veröffentlichen.
- 2.3.3 Die Gesellschaft wird bei ihrer nächsten Hauptversammlung von einer Briefwahl absehen. Die Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG sieht bislang nicht die Möglichkeit einer Briefwahl vor. Zudem ist sie bislang nicht ausreichend erprobt und mit Rechtsunsicherheiten behaftet.
- 5.2 Solange der Aufsichtsrat nur aus drei Personen besteht, werden keine Ausschüsse gebildet, in denen der Aufsichtsratsvorsitzende oder ein anderes Mitglied des Aufsichtsrats einen weiteren Vorsitz innehaben könnte, da die Besetzung der Gremien gleich der Besetzung des Aufsichtsrats wäre.
- 5.3.1 Aus dem gleichen Grund werden keine fachlich qualifizierten Ausschüsse gebildet.
- 5.3.2 Solange der Aufsichtsrat lediglich aus drei Personen besteht, nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgaben eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr.
- Für die Bildung eines Nominierungsausschusses gelten die gleichen Bedingungen wie für die übrigen Ausschüsse.
- 5.4.6 Eine erfolgsorientierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ist satzungsgemäß nicht vorgesehen. Die Diskussion über mögliche Anpassungen ist vorgesehen.
- 7.1.2 Der Konzernabschluss wird aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

## Grundsätzliche Informationen über den Aufbau der Unternehmensführung und die zugrundeliegenden Regeln

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat ihren Sitz in Birkenwerder und untersteht damit als deutsche Gesellschaft dem deutschen Aktienrecht. Sie verfügt über die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Die Unternehmensführung basiert auf einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Organe sowie einem regen und stetigen Informationsfluss zwischen ihnen. Insbesondere auf der Hauptversammlung können die Aktionäre Fragen an die Unternehmensleitung stellen und ihr Stimmrecht ausüben.

Verantwortung zu übernehmen, gehört zum Selbstverständnis des FP-Konzerns. Das Unternehmen übernimmt Verantwortung für Produkte und Prozesse, Mitarbeiter, Kunden und Partner genauso wie für Umwelt und Gesellschaft. Dabei pflegt das Unternehmen einen offenen Umgang und befindet sich in einem kontinuierlichen Dialog mit seinen Stakeholdern.

Für deutsche Aktiengesellschaften ist ein duales Führungssystem zusammengesetzt aus Vorstand und Aufsichtsrat gesetzlich vorgeschrieben. Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG aus drei von der Hauptversammlung zu wählenden Mitgliedern. Aus der Mitte des Aufsichtsrats werden der Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender gewählt. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, die sich das Gremium selbst gegeben hat, wird dessen Arbeitsweise geregelt.

Satzungsgemäß finden kalenderjährlich vier Sitzungen des Aufsichtsrats der Francotyp-Postalia Holding AG statt, wobei zwei Sitzungen kalenderhalbjährlich stattzufinden haben. Außerordentliche Sitzungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden nach Bedarf und pflichtgemäßen Ermessen einberufen.

Der Aufsichtsrat kann entsprechend der Satzung eine oder mehrere Personen zum Vorstand der Gesellschaft berufen. Zurzeit setzt sich der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG aus zwei Vorständen zusammen. Der Vorstand leitet Francotyp-Postalia mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, seiner Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen. Gemäß der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung führt der Vorstand die Geschäfte der Gesellschaft nach einheitlichen Plänen und Richtlinien, dabei trägt der Vorstand gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung der Gesellschaft. Im Rahmen der Gesamtverantwortung für die Geschäftsführung haben die beiden Vorstände in ihrem jeweils zugewiesenen Aufgabenbereich kollegial und vertrauensvoll zum Wohle von FP zusammenzuarbeiten.

Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung von Francotyp-Postalia und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab. Neben der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien auch in den Konzernunternehmen sorgt der Vorstand ebenso für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling bei FP. Näheres beschreibt der Risiko- und Chancenbericht im Konzernlagebericht. Sitzungen des Vorstands finden in regelmäßigen Abständen, nach Möglichkeit zweiwöchentlich, statt.

### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Wegen der Größe der Gesellschaft und der durch die Satzung bestimmten Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in der Regel auf die Bildung von Ausschüssen oder Gremien verzichtet. Aus diesem Grund beschließt und überprüft der Aufsichtsrat als Ganzes Fragen zum Thema des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Ebenso nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgabe eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr. Damit übernimmt der Vorsitzende des Aufsichtsrats zugleich die Aufgaben des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Ein Mitglied des Aufsichtsrats verfügt über die geforderten besonderen Kenntnisse im Bereich der Rechnungslegung.

## **Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat**

Die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes ist das gemeinsame Ziel der engen Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat. In regelmäßigen Abständen erörtern Vorstand und Aufsichtsrat den Stand der abgestimmten strategischen Ausrichtung von FP. Über alle für Francotyp-Postalia relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Rechnungslegung und der Compliance informiert der Vorstand den Aufsichtsrat ebenfalls regelmäßig. Der Vorstand berichtet über eventuelle Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen und begründet diese. Die Art und Weise, wie der Vorstand informieren und berichten muss, hat der Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegt. Für Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft grundlegend verändern und über Geschäfte von wesentlicher Bedeutung, sind in der Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats bestimmt.

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat gemäß den Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance-Kodex für die Mitglieder des Aufsichtsrats wie auch des Vorstands eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die einen Selbstbehalt von 10 % des Schadens enthält.

## **Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat**

Die Francotyp-Postalia Holding AG entspricht den Empfehlungen des Kodex, die Vergütungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat individualisiert offen zu legen. Die Grundzüge der Vergütungssysteme und die Vergütung sind im Vergütungsbericht, der Teil des Konzernlageberichts und Lageberichts ist, dargestellt.

## **Interessenskonflikte**

Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder persönliche Interessen verfolgen noch anderen Personen Vorteile gewähren oder Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Vorstandsmitglied legt Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat offen und informiert die übrigen Mitglieder des Vorstands. Ebenso legt jedes Aufsichtsratsmitglied Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber offen. Über aufgetretene Interessenskonflikte und deren Behandlung informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung.

## **Diversity**

Der Aufsichtsrat hat im Hinblick auf seine künftige Zusammensetzung die vom Corporate Governance-Kodex empfohlene Zusammensetzung des Aufsichtsrats aus männlichen und weiblichen Mitgliedern zu bedenken. Gegenwärtig befindet sich noch keine Frau im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Bei insgesamt drei Aufsichtsratsmitgliedern wird ein weiblicher Aufsichtsrat als angemessen angesehen. Bei der für die Hauptversammlung 2011 vorgesehenen Wahl des Aufsichtsrats wurde vorerst keine Kandidatin zur Wahl gestellt. Dies geschah im Interesse der Francotyp-Postalia Holding AG, die sich im vergangenen Jahr in einer Restrukturierung befand. Diese Entscheidung war notwendig, um die Kontinuität in der Arbeit des Aufsichtsgremiums zu bewahren. Bei Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung wird der Aufsichtsrat Diversity berücksichtigen. Maßgebliche Leitlinie für den Wahlvorschlag bleibt nach wie vor das Unternehmensinteresse, so dass der Aufsichtsrat die am besten geeigneten Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorschlagen wird. Das Thema Diversity wird der

Aufsichtsrat bei der Suche nach fachlich geeigneten Kandidaten für neu zu besetzende Vorstandspositionen berücksichtigen.

Weiterhin soll mindestens ein Aufsichtsratsmitglied das Kriterium der Internationalität erfüllen. Bereits heute verfügt ein Mitglied über die geforderten Eigenschaften.

## **Aktionäre und Hauptversammlung**

Der Vorstand beruft mindestens einmal im Jahr die Hauptversammlung ein. Die Aktionäre nehmen auf der Hauptversammlung den festgestellten Konzern- bzw. Jahresabschluss und die entsprechenden Lageberichte entgegen, beschließen über die Verwendung des Bilanzgewinns und in diesem Zusammenhang auch über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands. Ebenfalls wählen die Teilnehmer der ordentlichen Hauptversammlung in jedem Geschäftsjahr neu den Abschlussprüfer.

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre der Francotyp-Postalia Holding AG ihre Mitverwaltungs- und Kontrollrechte wahr. Sie haben die Möglichkeit, ihre Stimmrechte selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl – auch durch eine Vereinigung von Aktionären – ausüben zu lassen. Zudem wird den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtert, indem die Gesellschaft einen Stimmrechtsvertreter zur Verfügung stellt, der auch während der Hauptversammlung zu erreichen ist.

Die Gesellschaft veröffentlicht die für die Hauptversammlung verlangten Unterlagen zusammen mit der Tagesordnung für die Aktionäre leicht zugänglich auf der Internetseite. Darüber hinaus wird allen in- und ausländischen Finanzdienstleistern, Aktionären und Aktionärsvereinigungen angeboten, die Einberufung der Hauptversammlung mitsamt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege zu übermitteln, sofern der Francotyp-Postalia die Zustimmung dazu vorliegt. Selbstverständlich liegt es im Interesse der Gesellschaft und auch im Interesse der Aktionäre, die Hauptversammlung zügig abzuwickeln. Satzungsgemäß steht dem Versammlungsleiter entsprechend die Möglichkeit zur Verfügung, das Frage- und Rede-recht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Bedingt durch einen hohen organisatorischen Aufwand ist eine komplette Internet-Übertragung der Hauptversammlung weiterhin nicht vorgesehen.

## **Transparenz**

Corporate Governance bedeutet für die Francotyp-Postalia Holding AG eine verantwortungsbewusste und transparente Führung und Kontrolle der Gesellschaft. Dazu gehört insbesondere die Gleichbehandlung der Aktionäre bei der Weitergabe von Informationen. Allen Aktionären, Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten werden sämtliche neue Tatsachen unverzüglich zur Verfügung gestellt. Dies beinhaltet die Verbreitung der Informationen in Deutsch und in Englisch sowohl auf der Internetseite der Francotyp-Postalia Holding AG als auch die Nutzung von Systemen, die eine gleichzeitige Veröffentlichung von Informationen im In- und Ausland gewährleisten. Wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen und Termine werden im Finanzkalender mit ausreichendem Zeitvorlauf publiziert.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben informiert die Francotyp-Postalia Holding AG auf ihrer Internetseite, wenn Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie ihnen nahe stehende Personen FP-Aktien oder sich darauf beziehende Derivate erworben oder veräußert haben. Laut § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes sind diese Personen verpflichtet, Transaktionen offenzulegen, wenn der Wert im Kalenderjahr 5.000 € erreicht oder überschreitet.



## **Rechnungslegung**

Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss und – während des Geschäftsjahres – zusätzlich durch die Quartalsberichte und den Halbjahresbericht informiert. Abweichend von der Empfehlung des Kodex wird der Konzernabschluss der Franco-typ-Postalia Holding AG aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte werden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteuerung und Dividendenauszahlung maßgebliche Einzelabschluss wird nach den Vorschriften des HGB erstellt.

Ein internes Kontrollsystem und einheitliche Bilanzierungsgrundsätze stellen sicher, dass ein angemessenes Bild der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie der Zahlungsströme aller Konzerngesellschaften wiedergegeben wird. Darüber hinaus stellt der Vorstand ein angemessenes Risikomanagement- und Kontrollsystem bei FP sicher. Zeitnah und regelmäßig unterrichtet er den Aufsichtsrat über bestehende Risiken und ihre Entwicklung.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und ist vor dem Hintergrund des § 107 Abs. 3 AktG in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes BilMoG explizit mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der internen Kontrollsysteme und Revisionssysteme, des Rechnungslegungsprozesses und der Abschlussprüfung, insbesondere deren Unabhängigkeit, befasst.

Eine Aufstellung der Beziehung zu Aktionären, die im Sinne des IAS 24 als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind, veröffentlicht die Gesellschaft innerhalb ihres Konzernabschlusses.

## **Abschlussprüfung**

Der Aufsichtsrat hat dem Beschluss der Hauptversammlung 2011 folgend die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 beauftragt. Mit dem Abschlussprüfer wurde gemäß den Empfehlungen des Kodex vereinbart, dass er den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über Ausschluss- und Befangenheitsgründe unterrichtet, die während der Prüfung auftreten, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden. Zudem berichtet der Abschlussprüfer sofort über alle für die Aufgabe des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Falls der Abschlussprüfer Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der vom Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Compliance zum Kodex nach § 161 AktG ergeben, wird er den Aufsichtsrat informieren bzw. dies im Prüfungsbericht vermerken.

## Compliance

Im vergangenen Geschäftsjahr haben Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam beschlossen, die bestehenden Compliance Regelungen zu aktualisieren und zusätzlich neue, für alle Gesellschaften des FP-Konzerns geltende verbindliche Regelungen einzuführen. Entsprechende Maßnahmen wurden 2011 umgesetzt. Nach erfolgreicher Einführung der weltweit geltenden Compliance-Richtlinien hat der Vorstand einen neuen Compliance-Officer benannt. Der Aufsichtsrat überwacht die Compliance-Aktivitäten des Vorstands und beschäftigt sich intensiv mit dem Compliance-Regelwerk.

Die Unternehmenskultur des FP-Konzerns ist geprägt von Vertrauen und gegenseitigem Respekt sowie dem Willen zur strikten Einhaltung von Gesetzen und internen Regelungen. Dennoch sind Rechtsverstöße durch individuelles Fehlverhalten nie ganz auszuschließen. Francotyp-Postalia setzt alles daran, dieses Risiko so weit wie möglich zu minimieren und Fehlverhalten aufzudecken und konsequent zu verfolgen. Von zentraler Bedeutung ist die Beachtung rechtlicher und ethischer Regeln und Grundsätze. Festgeschrieben sind sie wie auch der verantwortungsbewusste Umgang mit Insiderinformationen in der Compliance-Richtlinie. Allen Mitarbeitern dient sie zur Orientierung für ein integriertes Verhalten im Geschäftsverkehr.

Birkenwerder, 30. März 2012

Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG

Hans Szymanski  
Vorstandssprecher

Andreas Drechsler  
Vorstand



Aktiva	31.12.2011	31.12.2010	Passiva	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR		TEUR	TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Ausgegebenes Kapital		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	24	51	1. Gezeichnetes Kapital	14.700	14.700
			2. Nennbetrag der eigenen Anteile	-370	-370
II. Sachanlagen				14.330	14.330
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	471	11	II. Kapitalrücklage	36.073	48.600
III. Finanzanlagen			III. Gewinnrücklagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	10.741	9.666	Andere Gewinnrücklagen	0	9.148
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	50.409	21.123	IV. Bilanzverlust	0	-14.470
	61.150	30.789		<b>50.403</b>	<b>57.608</b>
	<b>61.645</b>	<b>30.851</b>	<b>B. Rückstellungen</b>		
<b>B. Umlaufvermögen</b>			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	371	338
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			2. Steuerrückstellungen	1.081	696
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	31.887	21.689	3. Sonstige Rückstellungen	766	656
2. Sonstige Vermögensgegenstände	22	106		<b>2.218</b>	<b>1.690</b>
	31.909	21.795	<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
II. Guthaben bei Kreditinstituten	4	2	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.877	0
	<b>31.913</b>	<b>21.797</b>	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	414	252
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>512</b>	<b>15</b>	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.854	203
			4. Sonstige Verbindlichkeiten	73	374
			--davon aus Steuern TEUR 71 (i. Vj. TEUR 373)--		
<b>D. Aktive latente Steuern</b>	<b>6.170</b>	<b>7.911</b>		<b>47.218</b>	<b>829</b>
	<b>100.240</b>	<b>60.574</b>	<b>D. Passive latente Steuern</b>	<b>401</b>	<b>447</b>
				<b>100.240</b>	<b>60.574</b>



**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	1. Januar bis 31. Dezember 2011		1. Januar bis 31. Dezember 2010	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		1.327		1.073
2. Sonstige betriebliche Erträge		489		407
3. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	1.393		1.346	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	253	1.646	235	1.581
--davon für Altersversorgung TEUR 1 (i. Vj. TEUR 5)--				
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		33		29
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.875		1.586
6. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen		0		10.795
7. Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen		2.806		0
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 2.001 (i. Vj. TEUR 1.267)--		2.001		1.267
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 144 (i. Vj. TEUR 0)--		144		0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 323 (i. Vj. TEUR 366)--		1.565		478
<b>11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>-4.964</b>		<b>9.868</b>
12. Außerordentliche Erträge		0		1
13. Außerordentliche Aufwendungen		9		19
<b>14. Außerordentliches Ergebnis</b>		<b>-9</b>		<b>-18</b>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag --davon aus Veränderung bilanzierter latenter Steuern TEUR 1.696 (i. Vj. TEUR 1.312)--		2.231		1.728
16 Sonstige Steuern		1		1
<b>17. Jahresfehlbetrag (im Vorjahr Jahresüberschuss)</b>		<b>-7.205</b>		<b>8.121</b>
18. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-14.470		-22.591
<b>19. Bilanzverlust vor Verrechnung nach § 150 Abs. 4 Nr. 1 und Nr. 2 AktG</b>		<b>-21.675</b>		<b>-14.470</b>
20. Verrechnung mit der Gewinnrücklage		9.148		0
21. Verrechnung mit der Kapitalrücklage		12.527		0
<b>22. Bilanzverlust</b>		<b>0</b>		<b>-14.470</b>

## Anhang der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr 2011

### I. Allgemeine Angaben

Die Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder (nachfolgend auch „FP Holding“ oder „Gesellschaft“ genannt), ist die Obergesellschaft des Francotyp-Postalia-Konzerns (nachfolgend auch „Francotyp-Postalia“). Sitz der Gesellschaft ist 16547 Birkenwerder, Triftweg 21-26.

Die FP Holding ist im Handelsregister des Amtsgerichts Neuruppin unter HRB 7649 eingetragen. Francotyp-Postalia ist ein international tätiges Unternehmen im Bereich der Postausgangsverarbeitung mit einer über 80-jährigen Firmengeschichte. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in dem traditionellen Produktgeschäft, welches aus der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von Frankiermaschinen, Kuvertiermaschinen und dem After-Sales-Geschäft besteht. Durch ihre Tochtergesellschaft freesort und ihre Mehrheitsbeteiligungen an der iab und der mentana-claimsoft bietet die FP-Gruppe ihren Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation an.

Seit 2006 sind sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt zugelassen. Gleichzeitig erfolgte die Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse, wobei die Aktien an der Frankfurter Börse mit der Wertpapierkennnummer FPH900 gehandelt werden.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB sowie der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Jahresabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – zum Zweck der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit grundsätzlich in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Durch die kaufmännische Rundung von Einzelpositionen und Prozentangaben kann es zu geringfügigen Rundungsdifferenzen kommen.

### II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** sowie die **Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind zu Anschaffungskosten, die **Ausleihungen, Forderungen** sowie die **sonstigen Vermögensgegenstände** jeweils zum Nennwert bilanziert. Die Vermögensgegenstände werden regelmäßigen Werthaltigkeitstests unterzogen. Ist den Gegenständen des Anlagevermögens am Bilanzstichtag ein voraussichtlich dauerhaft niedrigerer Wert beizulegen, werden in Höhe der Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Für die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen bedarf es der Schätzung künftiger Cashflows der jeweiligen Tochtergesellschaft sowie eines geeigneten Abzinsungssatzes für die Barwertberechnung.

**Forderungen in fremder Währung** werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Umrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam erfasst. Ergibt im Falle einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag eine höhere Forderung, so wird die Forderung mit dem historischen Kurs angesetzt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen und auf der

Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit diese Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die **eigenen Anteile** werden als Abzugsposten vom Gezeichneten Kapital abgebildet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten wird mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet. Weitere Aufwendungen des Erwerbs, die Anschaffungsnebenkosten sind, werden als Aufwand des Geschäftsjahres behandelt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Wert auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach der Projected Unit Credit Method, unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes gemäß § 253 Absatz 2 HGB gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet. Aktuell wird ein Rechnungszinsfuß in Höhe von 5,14 % verwendet. Durchschnittlich erwartete jährliche Rentensteigerungen wurden mit 2 % berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung auf Grund der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes wird bis zum 31.12.2024 mit mindestens  $\frac{1}{15}$  angesammelt und in den außerordentlichen Aufwendungen gezeigt.

Bei **mittelbaren Pensionszusagen** wird von dem Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und keine Pensionsrückstellung erfasst. Ein etwaiger Fehlbetrag, welcher sich als Differenz der Rückstellung und dem Vermögen der Versorgungseinrichtung ergibt, wird im Anhang angegeben.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet und mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind in Höhe ihrer Erfüllungsbeträge bewertet.

**Kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten in fremder Währung** werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Umrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam erfasst. Ergibt eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs im Falle einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr am Bilanzstichtag eine geringere Verbindlichkeit, so wird die Verbindlichkeit zum historischen Kurs bewertet.

Als **Latente Steuern** werden Steuerbe- und Steuerentlastungen in der Bilanz angesetzt, die sich aus Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen sowie aus Verlustvorträgen ergeben und die sich in den nächsten fünf Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Sich ergebende Steuerbe- und Steuerentlastungen werden unverrechnet angesetzt.

### III. Erläuterungen zur Bilanz

#### 1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der in der Bilanz genannten Anlagenposten im Geschäftsjahr 2011 ist aus dem als Anlage 1 beigefügten Anlagengitter ersichtlich.

Unter den Finanzanlagen werden Anteile an der Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, (FP GmbH), der internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin (kurz „iab“), der iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH (kurz „iabv“), Berlin, der freesort GmbH (kurz „freesort“), Langenfeld, der FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, der FP Systems India Private Limited, Mumbai, der FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, sowie der mentana-claimsoft GmbH, Spreenhagen, ausgewiesen.

Die FP Holding hält 51,01 % der Anteile an der iab sowie 36,99 % der Anteile an der iabv mit Sitz jeweils in Berlin; die verbleibenden 63,01 % an der iabv werden unmittelbar von der iab gehalten. Au-

ßerdem steht der Gesellschaft ein langfristiges Vorkaufsrecht für die übrigen rund 48,99 % der Anteile an der iab bis zum 31. Dezember 2017 zu.

Des Weiteren hält die Gesellschaft 51% der Anteile an der mentana-claimsoft GmbH. FP Holding steht eine langfristige Kaufoption für die übrigen rund 49 % der Anteile im Zeitraum vom 1. März 2015 bis 1. März 2017 zu.

Die FP Holding hält 0,002 % der Anteile an der im September 2010 gegründeten FP Systems India Private Limited, Mumbai, Indien unmittelbar, 99,996 % der Anteile werden unmittelbar von der FP GmbH gehalten.

Der Anteilsbesitz verteilt sich wie folgt:

Pos. Nr.	Gesellschaft	Wäh- rung	Anteil am Kapital in %	Ergebnis 31.12.2011	Eigen- Kapital 31.12.2011	Anteils- eigner (Lfd. Nr.)
1	Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland					
	<b><u>Aufstellung des Anteilsbesitzes</u></b>					
2	Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	1.005	1
3	freesort GmbH, Langenfeld, Deutschland	TEUR	100	427	-4.080	1
4	internet access GmbH Ilibit Berlin Gesellschaft für Kommu- nikation und Digitaltechnik, Berlin, Deutschland	TEUR	51,01	153	1.887	1
5	iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH, Berlin, Deutschland	TEUR	100	0	0	1 und 4
6	FP Direkt Vertriebs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	26	2
7	Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	11.187	2
8	Francotyp-Postalia International GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	6.510	2
9	FP Hanse GmbH, Hamburg, Deutschland	TEUR	100	0	102	7
10	FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	6	117	1
11	Frankierversand UG (haftungsbeschränkt), Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	2	2
12	Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	4.441	2
13	FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, Deutschland	TEUR	100	-424	-399	1
14	mentana-claimsoft GmbH, Spreenhagen, Deutschland	TEUR	51	-312	-831	1
15	Francotyp-Postalia N.V./S.A. Zaventem, Belgien	TEUR	99,97	4	886	2
16	Francotyp-Postalia GmbH, Wien, Österreich	TEUR	100	187	956	2
17	Ruys Handelsvereniging B.V., Den Haag, Niederlande	TEUR	100	591	785	8
18	Italiana Audion s.r.l., Mailand, Italien	TEUR	100	-192	192	8
19	Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien	TGBP	100	488	1.899	8
20	Francotyp-Postalia Inc., Addison, Illinois, USA	TUSD	100	3.866	23.381	2
21	Francotyp-Postalia Canada Inc., Markham, Kanada	TCAD	100	-95	-3.626	20
22	Francotyp-Postalia Asia Pte. Ltd., Singapur, Singapur	TSGD	100	-884	-1.301	2
23	Francotyp-Postalia Sverige AB, Stockholm, Schweden	TSEK	100	-12.340	-2.396	2
24	Francotyp-Postalia France SARL, Rungis, Frankreich	TEUR	100	-194	-191	2
25	FP Data Center Inc., Osaka, Japan	TJPY	49	8.047	34.727	2
26	FP Systems India Private Limited Mumbai, Indien	TINR	99,998	n.a.	500	1 und 2
27	Print & Mail Beteiligungsgesellschaft bürgerlichen Rechts Berlin, Deutschland	TEUR	20	n.a.	226	5
28	FP Direct Ltd., Dartford, Großbritannien	GBP	100	n.a.	1	19



Die Ausleihungen bestehen in Höhe von TEUR 45.909 (i. Vj. TEUR 16.623) an die FP GmbH sowie unverändert in Höhe von TEUR 4.500 an die freesort. Für die Ausleihungen an die freesort wurde eine Rangrücktrittserklärung abgegeben.

## **2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus der umsatzsteuerlichen Organschaft und sonstigen Konzernverrechnungen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

## **3. Aktive latente Steuern**

Auf Grund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 6.170 ausgewiesen. Hierbei kam ein Steuersatz von 28,08 % zur Anwendung. Die Francotyp-Postalia Holding AG ist körperschaft- und gewerbesteuerlicher Organträger der Gesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, FP Direkt Vertriebs GmbH, Francotyp-Postalia International GmbH, Frankierversand UG und FP Hanse GmbH. Die aktiven latenten Steuern beinhalten überwiegend steuerliche Verlustvorträge. Des Weiteren bestehen Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen in den Bereichen Währungsbewertung, geringwertigen Wirtschaftsgütern, Rückstellungen zu Pensionen, Jubiläumsszuwendungen, Altersteilzeit und Urlaub.

## **4. Eigenkapital**

### **I. Grundkapital**

Das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG beträgt derzeit TEUR 14.700 und ist eingeteilt in 14.700.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien ohne Nennbetrag und anteiliger Berechtigung am Gewinn der Gesellschaft. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft. Das Grundkapital ist vollständig eingezahlt.

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können. Dieser Ermächtigungsbeschluss war am 15. April 2008 ausgelaufen.

Es wurden insgesamt 370.444 Aktien (2,52 % vom gezeichneten Kapital) erworben und vom Grundkapital abgesetzt.

### **II. Börsengang und Kapitalrücklage**

Am 30. November 2006 wurden sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die FP Holding erzielte beim Börsengang aus der Veräußerung von 2.700.000 Aktien einen Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 51.300.

Die Zuzahlungen der neuen Aktionäre in Höhe von TEUR 48.600 wurden in der Kapitalrücklage ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurden zum 1. Januar 2010 TEUR 9.148 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Die im Vorjahr ausgewiesene Rücklage für eigene Anteile wurde in diesem Zusammenhang in die andere Gewinnrücklage umgliedert.

Die anderen Gewinnrücklagen wurden zum 31.12.2011 vollständig mit dem Bilanzverlust 2011 verrechnet.

In 2011 wurde die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 12.527 mit dem Bilanzverlust verrechnet.

Die Überleitung des Jahresfehlbetrags (im Vorjahr des Jahresüberschusses) zum Bilanzverlust ist gemäß § 158 AktG der Ergänzung zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.

### III. Beschlüsse der Jahre 2010 und 2011

#### Kapitalgenehmigung für genehmigtes und bedingtes Kapital

Am 30. Juni 2011 sind bei der FP Holding Hauptversammlungsbeschlüsse über die Schaffung von genehmigtem Kapital in Höhe von TEUR 7.350 und entsprechender Satzungsänderung sowie über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag von bis zu TEUR 6.305 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von Euro 1,00 gefasst worden. Des Weiteren ist der Vorstand ermächtigt worden, Options- und Wandelschuldverschreibungen mit der Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG bis zu einer Höhe von EUR 200.000.000,00 auszugeben sowie ein bedingtes Kapital und eine entsprechende Satzungsänderung zu schaffen.

#### Aktienrückkaufprogramm

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können. Es wurden im Zeitraum November 2007 bis April 2008 insgesamt 370.444 Aktien erworben. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Aktien hinzugekauft. Die eigenen Anteile entsprechen zum 31. Dezember 2011 einem Anteil von 2,52 % (im Vorjahr 2,52 %) des Grundkapitals, wobei sie einen Kurswert von TEUR 746 (im Vorjahr TEUR 1.185) zum Abschlussstichtag hatten. Die Entwicklung der Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile geht aus folgender Überleitungsrechnung hervor, wobei die Anzahl unverändert zum Vorjahr ist:

	<b>Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile</b>
Anzahl der Stückaktien	14.700.000
Rückkauf eigener Anteile	-370.444
<b>Stand 31.12.2011 (wie zum 31.12.2010)</b>	<b>14.329.556</b>

#### Beschlussfassungen 2010

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2010 hat die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2015 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum 1. Juli 2010 bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015. Der Erwerb der Aktien erfolgt nach Wahl des Vorstands als Kauf über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots.

Der Vorstand bzw. – im unter lit. ee) genannten Fall – der Aufsichtsrat wurde ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien neben einer Veräußerung über die Börse oder über ein Angebot an alle Aktionäre auch wie unter Punkt aa) bis cc) aufgeführt zu verwenden. Die Ermächtigungen können einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilen ausgenutzt werden.

(aa) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Einziehung kann auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrags des Grundkapitals der übrigen Aktien gemäß § 8 Absatz 3 Aktiengesetz (AktG) erfolgen. Der Vorstand ist für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend zu ändern.

(bb) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats Dritten gegen Sachleistungen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran, angeboten und auf diese übertragen werden, sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für die eigenen Aktien zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist.

(cc) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlagen ausgegeben werden, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht zum Handel zugelassen sind.

(dd) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Barzahlung an Dritte veräußert werden, wenn der Preis, zu dem die Aktien veräußert werden, den am Tag der Veräußerung durch die Eröffnungsauction ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten). Insgesamt dürfen die auf Grund der Ermächtigungen unter dieser lit. dd) verwendeten Aktien, die in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 Aktiengesetz (unter Bezugsrechtsausschluss gegen Bareinlagen nahe am Börsenpreis) ausgegeben wurden, 10 % des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung und ihrer Verwendung nicht übersteigen. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die in direkter oder entsprechender Anwendung dieser Vorschrift während der letzten 12 Monate vor Ausnutzung dieser Ermächtigung bis zu diesem Zeitpunkt ausgegeben oder veräußert wurden.

(ee) Die eigenen Aktien können von dem Aufsichtsrat dazu verwendet werden, einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Bar-Vergütung eigene Aktien anzubieten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der an Erfüllungsstatt zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauction ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten).

(ff) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats dazu verwendet werden, Bezugsrechte, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Aktienoptionsplan 2010 liegt der Hauptversammlung unter Tagesordnungspunkt 8 zur Entscheidung vor.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf erworbene eigene Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen unter (bb) bis (ff) verwendet werden.

### **Bedingte Kapitalerhöhung und Aktienoptionsplan 2010**

In 1.1 des Aktienoptionsplans 2010 der Francotyp-Postalia Holding AG heißt es: „Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG [...] hat am 1. Juli 2010 beschlossen, (i) das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von bis zu 1.045.000,00 Euro durch die Ausgabe von bis zu 1.045.000 Stück nennwertloser Inhaberaktien [...] bedingt zu erhöhen und (ii) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG [...] und an Führungskräfte der FP Gruppe Bezugsrechte [...] auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen.“

Der damit beschlossene Aktienoptionsplan sieht ausschließlich den Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten vor und zwar vorrangig durch den Einsatz eigener Aktien, nachrangig im Wege einer bedingten Kapitalerhöhung.

Zweck des Aktienoptionsplans ist gemäß 1.3 des Aktienoptionsplans „die nachhaltige Verknüpfung der Interessen der Unternehmensführung und der Führungskräfte mit den Interessen der Aktionäre an der langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes.“

Zum 1. September 2010 wurden insgesamt 900.000 Aktienoptionen zugeteilt, wobei eine Option gemäß 2.3 des Aktienoptionsplans jeweils eine Laufzeit von 10 Jahren hat ab dem Zeitpunkt der Zuteilung. Die Optionen sind entsprechend 2.4 des Aktienoptionsplans 2010 nicht verbriefte. Zuzahlungen waren bei der Zuteilung der Optionen entsprechend 5.5 des Aktienoptionsplans 2010 nicht zu leisten. Von den 900.000 zugeteilten Aktienoptionen entfallen jeweils 180.000 Aktienoptionen auf die beiden Mitglieder des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG.

#### **IV. Sonstiges**

Eine Dividende wurde im Berichtsjahr nicht ausgeschüttet.

Auf Grund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis aktiver latenter Steuern unterliegt ein Betrag in Höhe von TEUR 5.769 einer Ausschüttungssperre nach § 268 Absatz 8 Satz 2 HGB.

#### **5. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von TEUR 371 (im Vorjahr TEUR 338) betreffen mit TEUR 366 (im Vorjahr TEUR 334) Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern. Der Erfüllungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beläuft sich auf TEUR 484.

Weiterhin besteht eine mittelbare Pensionszusage, bei der die zugesagten Altersversorgungsleistungen an die Versorgungsberechtigten durch die Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH erbracht werden. Der Fehlbetrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB beläuft sich auf TEUR 16.

#### **6. Steuerrückstellungen**

Die Steuerrückstellungen beinhalten die auf Grund einer Betriebsprüfung zu erwartenden Steuernachzahlungen für den Betriebsprüfungszeitraum 2005 bis 2008 und den Zeitraum 2010.

#### **7. Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 766 (im Vorjahr TEUR 656) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von TEUR 148 (im Vorjahr TEUR 0), für Anwalts- und Prozesskosten TEUR 134 (im Vorjahr TEUR 174), für Jahresabschlusskosten in Höhe von TEUR 115 (im Vorjahr TEUR 82), für sonstige ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 230 (im Vorjahr TEUR 730), sowie für ausstehende Urlaubsgeld- und Mehrarbeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 46 (im Vorjahr TEUR 41).

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 393) ertragswirksam aufgelöst.

## 8. Verbindlichkeiten

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** in Höhe von TEUR 34.877 (im Vorjahr TEUR 0) beinhalten den am 21. Februar 2011 geschlossenen Konsortialvertrag.

Die Verbindlichkeiten haben nachfolgend dargestellte Restlaufzeiten:

TEUR	Summe	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre
<b>2011</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.877	5.249	29.628
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	414	414	0
<b>Summe</b>	<b>35.291</b>	<b>5.663</b>	<b>29.628</b>
<b>2010</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	252	252	0
<b>Summe</b>	<b>252</b>	<b>252</b>	<b>0</b>

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** entfallen im Wesentlichen auf die Übernahme des Ergebnisses der FP GmbH sowie auf sonstige Konzernverrechnungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern. Hiervon entfallen TEUR 32 (im Vorjahr TEUR 38) auf Lohnsteuern sowie TEUR 25 (im Vorjahr TEUR 0) auf Gewerbesteuer. Alle Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

## 9. Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern werden mit einem Steuersatz von 28,08 % ermittelt. In 2011 werden passive latente Steuer in Höhe von TEUR 401 (im Vorjahr TEUR 447) ausgewiesen. Die zu Grunde liegenden Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen resultieren im Wesentlichen aus Abweichungen im Bereich Währungsbewertung.

## 10. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus den am Bilanzstichtag bestehenden Leasingverträgen für Firmenfahrzeuge resultieren sonstige finanzielle Verpflichtungen von insgesamt TEUR 89 (im Vorjahr TEUR 44). Hiervon entfallen auf eine Laufzeit von bis zu einem Jahr in Höhe von TEUR 48 (im Vorjahr TEUR 21) und in Höhe von TEUR 41 (im Vorjahr TEUR 23) auf eine Laufzeit von ein bis zu fünf Jahren.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

## 11. Haftungsverhältnisse

Für den Konsortialdarlehensvertrag sind durch die FP Holding AG folgende Kreditsicherheiten bestellt:

- Verpfändung sämtlicher Geschäftsanteile an der FP GmbH, freesort GmbH und iab Internet Access GmbH;
- Globalzession aller Kundenforderungen mit den Anfangsbuchstaben A-Z der FP Holding AG;
- Verpfändung aller Bankguthaben in Höhe des jeweiligen Kontoguthabens

Alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche der Banken gegen die Kreditnehmerin oder Garantiegeberin aus dem Konsortialdarlehensvertrag und dem bilateralen Darlehensvertrag mit der Commerz-

bank werden durch die Sicherheiten besichert. Die genannten Sicherheiten können in Anspruch genommen werden, wenn seitens der FP Holding AG unter dem Konsortialkreditvertrag fällige Zahlungen nicht geleistet werden.

Die freesort GmbH hat am 14. März 2011 und am 20. April 2011 jeweils einen Leasingvertrag mit der IKB Leasing GmbH für zwei Briefsortiermaschinen abgeschlossen. In Höhe von TEUR 624 und TEUR 127 hat die FP Holding AG für diese Leasingverträge eine selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen.

Mit notarieller Beurkundung vom 27. Januar 2012 hat die Gesellschaft eine Höchstbetragsbürgschaft gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg für die Sicherung der Forderungen aus dem Subventionsverhältnis insbesondere für mögliche zukünftige Erstattungsansprüche gegen die FP Produktionsgesellschaft mbH in Höhe von TEUR 504 übernommen.

Die FP Holding hat am 30. März 2012 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft freesort GmbH, Langenfeld, eine Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt, dass sie bis zum 30. Juni 2013 unwiderruflich die uneingeschränkte Verpflichtung übernimmt,

- die freesort auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es ihr zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- und dafür Sorge zu tragen, dass die freesort GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Die freesort GmbH erzielte in den letzten beiden Jahren Umsatz- und Ergebniszuwächse. Eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung scheint nicht wahrscheinlich.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 30. März 2012 gegenüber der freesort eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 39 Abs. 2 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückigewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.
- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freiem Vermögen zu leisten.

Die FP Holding hat am 30. März 2012 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft mentana-claimsoft GmbH eine bis zum 30. Juni 2013 befristete Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt,

- Die mentana-claimsoft GmbH auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- Dafür Sorge zu tragen, dass die mentana-claimsoft GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 30. März 2012 gegenüber der mentana eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem.

§ 39 Abs. 2 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.

- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freiem Vermögen zu leisten.

Die FP Holding hat am 30. März 2012 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, eine bis zum 30. Juni 2013 befristete Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt,

- Die FP Produktionsgesellschaft auf deren erste Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- Dafür Sorge zu tragen, dass die FP Produktionsgesellschaft in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen

Darüber hinaus hat die FP Holding am 30. März 2012 gegenüber der FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 39 Abs. 2 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.
- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freiem Vermögen zu leisten.

Für die mentana-claimsoft GmbH und für die FP Produktionsgesellschaft mbH werden in den nächsten Jahren positive Umsatz- und Ergebniszuwächse erwartet. Eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung erscheint eher nicht wahrscheinlich.

## 12. Derivative Finanzinstrumente

Weil die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten einen variablen Zinssatz haben, ist die Gesellschaft dem **Risiko schwankender Marktzinssätze** ausgesetzt. Der Finanzbereich der Gesellschaft steuert die Zinsrisiken mit dem Ziel, das Zinsergebnis zu optimieren sowie das gesamte Zinsänderungsrisiko zu minimieren. Der Finanzierungsbedarf von Tochtergesellschaften wird über konzerninterne Darlehen bzw. konzerninterne Verrechnungskonten gedeckt.

Am 30. und 31. August 2011 wurden zwei Zins-Swap-Geschäfte in USD mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von insgesamt TUSD 5.600 und drei Zins-Swap-Geschäfte in EUR mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von insgesamt TEUR 16.130 und einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2013 abgeschlossen. Der Bezugsbetrag reduziert sich über die Laufzeit in Höhe der gemäß dem Konsortialdarlehensvertrag planmäßig vorzunehmenden Tilgungen.

Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 3-Monats-Libor-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 0,78-0,80% p.a. (USD-Darlehen) bzw. 1,53-1,56% p.a. (EUR-Darlehen). Der Marktwert dieser Instrumente beträgt TEUR -133. Im Vorjahr gab es keine Finanzinstrumente. Der Swap wird vierteljährlich ausgeglichen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2011 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Lfd. Nr.	Abschlussdatum	Enddatum	Anfänglicher Bezugsbetrag	Bezugsbetrag zum 31.12.2011	Festsatz	Marktwert
1	31.08.11	31.12.13	USD 4.280.000	USD 3.490.000	0,78%	-2.801,96
2	30.08.11	31.12.13	USD 1.320.000	USD 1.070.000	0,80%	808,07
3	31.08.11	31.12.13	EUR 8.920.000	EUR 8.730.000	1,55%	-88.641,24
4	30.08.11	31.12.13	EUR 3.790.000	EUR 3.660.000	1,56%	-13.935,07
5	31.08.11	31.12.13	EUR 3.420.000	EUR 3.190.000	1,53%	-27.720,37

Die beizulegenden Zeitwerte bestehender Zinsderivatgeschäfte lassen sich nachstehender Tabelle entnehmen:

TEUR	31.12.2011		31.12.2010	
	Vermögenswerte	Schulden	Vermögenswerte	Schulden
<b>Zins-Swap-Geschäft</b> Beizulegender Zeitwert	1	133	0	0

Sämtliche Änderungen der beizulegenden Zeitwerte haben sich im Konzernergebnis niedergeschlagen.

Die **Fremdwährungsrisiken** aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar werden abgesichert, indem diese zur Tilgung eines im Juni 2011 aufgenommenen Darlehens verwendet werden, das ebenfalls auf US-Dollar lautet.

Darüber hinaus wurden im September und Dezember 2011 zur Absicherung gegen Kursänderungsrisiken im Zusammenhang mit den erwarteten Zahlungseingängen in Britischen Pfund (GBP) und US Dollar (USD) insgesamt acht Devisentermingeschäfte abgeschlossen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2011 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Lfd. Nr.	Kontraktabschluss	Absicherungsbetrag	Absicherungskurs zum EUR	Fälligkeitstag/ Ausübungsfrist	Marktwert
1	27.09.11	USD 750.000	1,3563	01.02.2012 - 30.03.2012	-2.915,12
2	27.09.11	USD 750.000	1,3570	01.05.2012 - 29.06.2012	-762,32
3a	22.12.11	USD 1.000.000	1,3500	22.08.2012	-34.038,78
3b	22.12.11	USD 1.000.000	1,2890	22.08.2012	23.412,15
4	21.12.11	USD 1.000.000	1,3235	12.10.2012 -23.11.2012	17.449,52

Lfd. Nr.	Kontraktabschluss	Absicherungsbetrag	Absicherungskurs zum EUR	Fälligkeitstag/ Ausübungsfrist	Marktwert
5	22.12.11	GBP 600.000	0,8382	20.03.2012 - 20.04.2012	-405,40
6	21.12.11	GBP 600.000	0,8435	13.07.2012 - 24.08.2012	16.822,56
7	22.12.11	GBP 600.000	0,8437	12.10.2012 - 23.11.2012	-643,85
8	21.12.11	GBP 600.000	0,8459	09.11.2012 - 21.12.2012	21.592,59

In Höhe der negativen Marktwerte der Sicherungsgeschäfte wurde zum Bilanzstichtag eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.



Das Wahlrecht zur bilanziellen Abbildung einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB wurde im Hinblick auf alle Finanzinstrumente nicht in Anspruch genommen.

#### IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

##### 1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Beratungsleistungen gemäß dem am 16. Mai 2006 mit der FP GmbH abgeschlossenen und in der Folge jährlich verlängerten Dienstleistungsvertrag. Alle Umsätze wurden im Inland erzielt.

##### 2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 489 (im Vorjahr TEUR 407) beinhalten unrealisierte Währungsgewinne in Höhe von TEUR 428 (im Vorjahr TEUR 0), Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 393), Konzernumlagen in Höhe von TEUR 31 (im Vorjahr TEUR 14) sowie Übrige in Höhe von TEUR 7 (im Vorjahr 0).

Die periodenfremden Erträge belaufen sich auf TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 393).

##### 3. Personalaufwand

	2011 TEUR	2010 TEUR
Löhne und Gehälter	1.393	1.346
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	253	235
(davon für Altersversorgung)	(1)	(5)
	<b>1.646</b>	<b>1.581</b>

Hierin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr 64).

##### 4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	2011 TEUR	2010 TEUR
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	1.157	980
Währungsverluste aus Darlehen	774	0
Marketing und Publikationen	232	150
Reisekosten	186	132
Aufsichtsrat	112	75
Sonstige Personalkosten	51	58
Mieten und Leasing	55	45
Übrige	308	146
	<b>2.875</b>	<b>1.586</b>

Hierin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr TEUR 32).

## **5. Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen**

Die Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen entfallen auf den auf Grund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags übernommenen Verlust der Francotyp-Postalia GmbH.

## **6. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens**

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 2.001 (im Vorjahr TEUR 1.267) entfallen ausschließlich auf verbundene Unternehmen.

## **7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

In den Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 1.565 (im Vorjahr 478) sind Zinsen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 323 (im Vorjahr TEUR 366) enthalten. Durch den Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 ist die FP Holding AG Darlehensnehmerin geworden. Über sie läuft seitdem die Konzernfinanzierung.

Neben den Darlehenszinsen bestehen Aufwendungen aus Aufzinsung in Höhe von TEUR 24 (im Vorjahr TEUR 23).

## **8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Der Steueraufwand enthält in Höhe von TEUR 535 (i. Vj. TEUR 0) periodenfremde Steueraufwendungen.

## **V. Sonstige Angaben**

### **1. Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer**

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt neben zwei Vorständen 11 Mitarbeiter (im Vorjahr 9 Mitarbeiter). Hiervon 2 im Bereich Personal, 6 im kaufmännischen Bereich und 3 Mitarbeiter mit anderen administrativen Aufgaben.

### **2. Vorstand und Aufsichtsrat**

Der Vorstand der Gesellschaft besteht zurzeit aus zwei Personen.

Im Vorjahr wurde Herr Hans Szymanski für drei weitere Jahre als Vorstand berufen und mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zum Sprecher des Vorstands benannt.

In 2011 ist der Vorstandsvertrag mit Herrn Andreas Drechsler bis Februar 2015 verlängert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die während des Geschäftsjahres 2011 tätigen Mitglieder des Vorstands und ihre jeweilige Funktion aufgeführt:

<b>Name</b>	<b>Erstmals bestellt zum</b>	<b>Zurzeit bestellt bis zum</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Hans Szymanski, Diplom-Ökonom	Dezember 2008	Dezember 2014	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strategische Geschäftsentwicklung</li> <li>• Produktion/Logistik/Einkauf</li> <li>• Forschung- und Entwicklung</li> <li>• Personal/Recht/Compliance</li> <li>• Finanzen/Controlling/Rechnungswesen</li> <li>• Informationstechnik</li> </ul>
Andreas Drechsler, Diplom-Kaufmann	Februar 2009	Februar 2015	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschäftsentwicklung</li> <li>• Produktmanagement</li> <li>• Vertrieb Deutschland und International</li> <li>• Marketing</li> <li>• Corporate Communication</li> <li>• Interne Revision</li> </ul>

Die Vorstandsmitglieder sind in keinen gesetzlich gebildeten Aufsichtsräten oder vergleichbaren in- oder ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen vertreten.

Die folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft mit den nachfolgend angegebenen Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft und sonstigen Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise Mandaten bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Name	Berufliche Tätigkeit	Sonstige Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien
Prof. Dr. Michael J. A. Hoffmann (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschäftsführender Gesellschafter der TMM Technology Marketing Management GmbH, Dortmund (kurz „TMM“)</li> <li>• Geschäftsführer bei weiteren Gesellschaften, an denen TMM beteiligt ist</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorsitzender des Aufsichtsrats der information AG, Dortmund</li> <li>• Stellvertretender Beiratsvorsitzender der KST-Motorenversuch GmbH &amp; Co. KG, Bad Dürkheim</li> </ul>
Christoph Weise (stellvertretender Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unternehmensberater</li> <li>• Geschäftsführer der QCR 1 GmbH</li> </ul>	
Dr. Claus C. R. Gerckens	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesellschafter-Geschäftsführer der GVG Industrieverwaltungs GmbH, Augsburg</li> <li>• Geschäftsführer der Vermögensverwaltung Königsdorf GmbH, Augsburg</li> <li>• Gesellschafter-Geschäftsführer der Butenfeld Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der International School Augsburg – ISA - gGmbH, Augsburg</li> <li>• Aufsichtsrat der EUOKAI KGaA, Hamburg (bis 15.4.2011)</li> <li>• Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der Waltershof-Peute Hafen Betriebs G.m.b.H., Hamburg (bis 15.4.2011)</li> </ul>

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind ein festes Jahresgehalt und ein erfolgsabhängiger Bonus, abhängig von erzielten Cashflow und EBITA, festgelegt.

Die direkte Vergütung des Vorstands betrug insgesamt TEUR 748 (im Vorjahr TEUR 790), wovon TEUR 532 (im Vorjahr TEUR 472) auf das feste Jahresgehalt und TEUR 26 (im Vorjahr TEUR 26) auf Sachbezüge entfielen.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden für den Vorstand Boni in Höhe von TEUR 280 für Herrn Szymanski und Herrn Drechsler ausgezahlt. Hierfür waren im Geschäftsjahr 2010 je Vorstandsmitglied Rückstellungen in Höhe von TEUR 192 gebildet worden. Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagenutzung sowie den individuellen Versicherungsbeiträgen.

Die Bezüge des Geschäftsjahres 2011 verteilen sich wie folgt:

TEUR	Fixes Entgelt	Sachbezüge/ Zuschüsse	Boni	Boni (Rückstellung)	Aktienoptionen Personalaufwand	Gesamtvergütung
Hans Szymanski	279	11	140	-96	51	385
Andreas Drechsler	253	15	140	-96	51	363
<b>Gesamt</b>	<b>532</b>	<b>26</b>	<b>280</b>	<b>-192</b>	<b>102</b>	<b>748</b>

Das fixe Entgelt enthält Zuschüsse zur Altersversorgung in Höhe von jeweils TEUR 76 (im Vorjahr TEUR 76) für Herrn Szymanski und für Herrn Drechsler.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2011: TEUR 2; 2010: TEUR 1).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie deren Hinterbliebenen wurden TEUR 366 (im Vorjahr TEUR 334) zurückgestellt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsratsstätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste, im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung 150 %, für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Christoph Weise, hat auf die ihm zustehende Vergütung für die Jahre 2008 bis 2010 verzichtet. Die Festvergütung des Aufsichtsrats betrug für 2011 TEUR 112 (im Vorjahr TEUR 75).

### 3. Als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer

Die Hauptversammlung hat, basierend auf einer Empfehlung des Aufsichtsrats, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2011 gewählt. Die für Dienstleistungen der Abschlussprüferin sowie ihrer verbundenen Unternehmen als Aufwand angefallenen Vergütungen stellen sich wie folgt dar:

TEUR	2011	2010
Abschlussprüfungsleistungen	113	146
Andere Bestätigungsleistungen	7	5
Steuerberatungsleistungen	121	53
Sonstige Leistungen	91	0
<b>Gesamthonorar</b>	<b>332</b>	<b>204</b>

Von den im Berichtsjahr 2011 erfassten Aufwendungen entfallen TEUR 19 (im Vorjahr TEUR 41) auf Vorjahre.

#### **4. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen**

Angabepflichtige Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden ausschließlich zwischen der FP Holding AG und dem Aufsichtsrat sowie dem Vorstand in Form von Vergütungen statt.

#### **5. Konzernabschluss**

Für die Francotyp-Postalia Holding AG wird ein Konzernabschluss erstellt. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und bekannt gemacht.

#### **6. Corporate Governance**

Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG haben eine Erklärung zum Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG abgegeben und diese Erklärung auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.francotyp.com/investoren/corporate-governance/entsprechenserklaerung/archiv/2011.html>) dauerhaft zugänglich gemacht.

#### **7. Aktionärsstruktur**

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat im Geschäftsjahr 2011 von ihren Anteilseignern gemäß § 21 Abs. 1 WpHG folgende Mitteilungen erhalten und gemäß § 26 Abs. 1 WpHG veröffentlicht:

##### *Veröffentlichung vom 05. Januar 2011*

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxembourg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,52 % (das entspricht 1.400.000 Stimmrechten) betragen hat.

##### *Veröffentlichung vom 28. Januar 2011*

Die Stockwell Fund L.P., Chicago, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Stockwell Capital L.L.C., Chicago, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN:DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Stockwell Managers L.L.C., Chicago, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN:DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0% (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital (US) LP, St. Helier, Jersey, Channel Islands hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN:DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital Inc., Wilmington, Delaware, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0%(das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital Private Equity Fund II L.P., St. Helier, Jersey, Channel Islands hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia

Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die Quadriga Capital Limited, St. Helier, Jersey, St. Helier, Jersey, Channel Islands hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 25 %, 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat. Die Quadriga Capital Inc., Wilmington, Delaware, USA hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Herr Stephan Jaax, Belgien hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.01.2011 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 21.12.2010 die Schwelle von 25 %, 20 %, 15 %, 10 %, 5 % und 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

#### *Veröffentlichung vom 15. Februar 2011*

Die KBL Richelieu Gestion, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 14.02.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, ISIN: DE000FPH9000, WKN: FPH900 am 04.02.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,07 % (das entspricht 305.000 Stimmrechten) betragen hat.

#### *Veröffentlichung vom 5. Mai 2011*

Die Orsay Asset Management SNC, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 04.05.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 15.04.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 4,105 % (das entspricht 603.381 Stimmrechten) betragen hat.

#### *Veröffentlichung vom 04. Juli 2011*

Die Axxion S.A., Munsbach, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 01.07.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 28.06.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,51 % (das entspricht 515.266 Stimmrechten) betragen hat.

#### *Veröffentlichung vom 09. August 2011*

Die Oddo et Cie, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 01.07.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 30.04.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 4,10 % (das entspricht 603.409 Stimmrechten) betragen hat.

Diese Schwellenüberschreitung folgt dem Merger der Orsay Asset Management in die Oddo Asset Management mit Datum vom 30. April 2011. 4,10 % der Stimmrechte (das entspricht 603.409 Stimmrechten) sind der Oddo et Cie gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Satz 2 WpHG zuzurechnen.

#### *Veröffentlichung vom 13. September 2011*

Die Oddo et Cie, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 12.09.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 09.09.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,65 % (das entspricht 94.874 Stimmrechten) betragen hat.

*Veröffentlichung vom 13. September 2011*

Die Oddo Asset Management, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 12.09.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 09.09.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,65 % (das entspricht 94.874 Stimmrechten) betragen hat. 0,65 % der Stimmrechte (das entspricht 94.874 Stimmrechten) sind der Oddo Asset Management gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.

*Veröffentlichung vom 01. November 2011*

Die Augur Financial Holding V S.A., Luxemburg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.10.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 21.12.2010 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,52 % (das entspricht 1.030.557 Stimmrechten) betragen hat. 9,52% der Stimmrechte (das entspricht 1.030.557 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der LRI Invest S.A. zuzurechnen.

*Veröffentlichung vom 07. November 2011*

Die Augur Financial Holding V S.A., Luxemburg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 3. November 2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 21.12.2010 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,52 % (das entspricht 1.400.000 Stimmrechten) betragen hat. 9,52 % der Stimmrechte (das entspricht 1.400.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der LRI Invest S.A. zuzurechnen.

*Veröffentlichung vom 07. November 2011*

Die Augur Financial Holding V S.A., Luxemburg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 03.11.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 05.07.2011 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechte) betragen hat.

*Veröffentlichung vom 07. November 2011*

Die Augur FIS, Luxemburg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 03.11.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 21.12.2010 die Schwellen von 3 % und 5 % überschritten hat und an diesem Tag 9,52 % (das entspricht 1.400.000 Stimmrechten) betragen hat. 9,52 % der Stimmrechte (das entspricht 1.400.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der LRI Invest S.A. und der Augur Financial Holding V S.A. zuzurechnen. Zugleich hat uns die Augur FIS, Luxemburg, Luxemburg gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 03.11.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 05.07.2011 die Schwellen von 3 % und 5 % unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

*Veröffentlichung vom 24. November 2011*

Die Financière de l'échiquier, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 29.11.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 24.11.2011 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,88 % (das entspricht 718.029 Stimmrechten) betragen hat.



*Veröffentlichung vom 29. November 2011*

Die Alceda Fund Management SA, Luxemburg, Luxemburg hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 28.11.2011 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 25.11.2011 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,068 % (das entspricht 451.000 Stimmrechten) betragen hat.

Birkenwerder, 30. März 2012

Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG

Hans Szymanski  
Vorstandssprecher

Andreas Drechsler  
Vorstand

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2011

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte		
	1.1.2011	Zugänge	Abgänge	31.12.2011	Abschreibungen			31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
					des	Geschäftsjahres	31.12.2011			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142	0	0	142	91	27	118	24	51	
<b>II. Sachanlagen</b>										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	38	466	0	504	27	6	33	471	11	
<b>III. Finanzanlagen</b>										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	28.342	1.075	0	29.417	18.676	0	18.676	10.741	9.666	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	21.123	31.593	2.307	50.409	0	0	0	50.409	21.123	
	49.465	32.668	2.307	79.826	18.676	0	18.676	61.150	30.789	
	49.645	33.134	2.307	80.472	18.794	33	18.827	61.645	30.851	

**VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER NACH § 315 ABS. 1 SATZ 6 UND NACH § 289 ABS. 1 SATZ 5 HGB**

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Birkenwerder, 30. März 2012

Hans Szymanski  
Vorstandsvorsitzender

Andreas Drechsler  
Vorstand

## **Bestätigungsvermerk**

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

### „Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlusrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Francotyp-Postalia Holding AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Berlin, 30. März 2012

KPMG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Großmann  
Wirtschaftsprüfer

Krebs  
Wirtschaftsprüfer